Rhedaer Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 60 | Mittwoch, den 29. Februar | Jahrgang 1928

Reichspartei für Handwerk, Handel und Gewerbe.

Von

Stadtrat z. D. Treffert, Berlin.

Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Besonders Angehörige des Mittelstandes glauben immer wieder neue Parteien gründen zu müssen, um ihre Interessen wahrzunehmen. Der Zentrumsabgeordnete Esser, der doch ein seit Jahren bewährter Vertreter des Mittelstandes ist, hat erst kürzlich im Reichstag den Vertretern der mittelständlerischen Wirtschaftspartei nachgewiesen, daß sie garnicht in der Lage sind, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten, sondern auf die Unterstützung der größeren Parteien angewiesen sind.

Eine für die Wirtschaftspartei besonders bezeichnende Episode spielte sich am 11. Februar im Reichstag ab. Der ihr angehörige Abgeordnete Beier aus Dresden hatte das Wort. „Ich richte hier", sagte er, „ein Wort an die Herren Volksvertreter von dieser Seite (nach rechts) bis zu Ihnen, meine Herren Demokraten. Hier sollen 90 Abgeordnete außer uns sitzen, die von Handwerk und Gewerbe in das Parlament gewählt worden sind. Nun möchte ich die Frage aufwerfen: Haben Sie in diesen Jahren das Recht, die Lebensnotwendigkeiten dieser Volkskreise zu fördern, so gewahrt, wie Sie es vor den Wahlen versprochen haben?" Der Zentrumsabgeordnete Esser, der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, griff die pathetische Frage des Abgeordneten Beier auf und machte dazu eine ebenso nüchterne wie für Herrn Beier und die Wirtschaftspartei peinliche Feststellung. „Gegenüber dieser liebenswürdigen Aufforderung", erklärte Esser, „das sozialpolitische Gewissen einmal zu erforschen, muß ich feststellen, daß der Herr Kollege Beier während der vier Jahre, die ich mit ihm im Sozialpolitischen Ausschusse zusammenzuarbeiten die Ehre habe, nicht ein einziges Mal praktisch den Versuch gemacht hat, ein sozialpolitisches Gesetz in seiner Ausgestaltung zu beeinflussen. Er hat im Ausschuß nicht einen einzigen selbständigen Antrag in all dieser Zeit gestellt und sehr selten den Ausschuß mit seiner „überragenden Beredsamkeit" im Sinne seiner heutigen Ausführungen zu überzeugen versucht. Dasselbe gilt für Mitglieder seiner Partei, die ihn dann und wann vertreten haben. Dasselbe gilt namentlich für die Fragen, durch die das Interesse des Handwerks, überhaupt der Wirtschaft, besonders berührt worden ist. Dem Herrn Kollegen Beier bestreite ich also mit aller Entschiedenheit das Recht, an uns die Aufforderung zu richten, daß wir unser sozialpolitisches Gewissen nach der Richtung erforschen, ob wir die Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaftskreise, die uns nahestehen, bei unserer sozialpolitischen Tätigkeit gebührend berücksichtigt haben."

Da einigen Angehörigen des Mittelstandes, die absolut eine eigene Partei haben wollen, offenbar das parlamentarische Wirken der Wirtschaftspartei nicht imponiert hat, wird jetzt ein neuer Laden aufzumachen versucht: die „Reichspartei für Handwerk, Handel und Gewerbe." Unter der Ueberschrift: „Gegen die Vernichtung des Mittelstandes" und „Protest gegen die Steuerüberlastung" werden in Berlin Flugblätter verbreitet, in denen zu einem Massenprotest aufgefordert wird. Im ganzen Reichsgebiet sollen Protestunterschriften gesammelt und geschlossen an die Reichsregierung übermittelt werden. Es wird gefragt: „Wo ist Hilfe?" und geantwortet: „Nicht bei den Verräterparteien des gegenwärtigen Reichstages, sondern in einer eigenen Organisation der Handwerk-, Handel- und Gewerbetreibenden". Dann wird aufgefordert, sich zu organisieren und den beigefügten Aufnahmeschein der „Reichspartei für Handwerk, Handel und Gewerbe" zu unterzeichnen. Die Geschäftsstelle hat Arno Rauscher, Berlin, Essenerstr. Selbstverständlich wird auch aufgefordert, „unseren Kampf mit einem Unkosten-Beitrag zu unterstützen".

Nun wäre das an und für sich nicht weltbewegend, wenn Vertreter des Mittelstandes zu einem Protest gegen Steuerüberlastung aufrufen, aber das ist ja nur Mittel zum Zweck. Die Hauptsache ist die Gründung einer eigenen Partei, weil anscheinend eine Anzahl bisher nicht auf die Kosten gekommener Vertreter des Mittelstandes das Bedürfnis nach einem Mandat für sich haben. Ihr Flugblatt nennt die Parteien des gegenwärtigen Reichstages insgesamt Verräterparteien. Den Beweis für den „Verrat" bleibt es schuldig.

Die neue Reichspartei soll nach Angabe von Angestellten mit Zustimmung des Polizeipräsidiums in Berlin Geldsammlungen großen Stils vornehmen. Nach unseren Informationen gab man den Angestellten, die den Auftrag hatten, Gelder zu sammeln, eingeheftete vorgedruckte Blätter. Mit diesem Buch besuchten sie sämtliche Gewerbetreibenden, die sich durch ihre Unterschrift bezw. den Firmenstempel dem Protest anschließen sollten. Sodann legten die Werber dem Betreffenden eine weitere Liste vor, die am Ende des Buches eingeheftet war, mit dem Hinweis, daß zur Finanzierung ein freiwilliger Beitrag zu zeichnen sei. Es wurden Beträge von 50 Pfg. bis 2 Mk. und darüber gezeichnet. Den Zeichnern wurde erklärt, daß bei ev. Eintritt in die Partei dieser Betrag in Abrechnung gebracht werden würde. Für den evtl. Eintritt händigten die Sammler den Betreffenden einen Aufnahmeschein aus. Ferner erhielten sie einige der eben erwähnten Flugblätter. Von den eingenommenen Geldbeträgen erhielten die Sammler abends bei der Abrechnung 33⅓ Prozent. Die Durchschnitteinnahme für einen Sammler in Berlin betrug etwa 25,— Mk.; dagegen in anderen Städten wie Frankfurt a. M., Breslau usw. sogar 30.—, 40.— Mk. Auch in kleineren Städten wie Forst, Görlitz, Hirschberg, Eisenach, hat man die Sammeltätigkeit eifrig betrieben. Etwa 30 Herren waren allein dafür tätig. Neben den 33⅓ Prozent wurde noch die Bahnfahrt bezahlt und das Nachtquartier.

Daß das Berliner Polizeipräsidium tatsächlich damit in Verbindung stehen muß, geht daraus hervor, daß man den Sammlern erklärt hat, bei evtl. Schwierigkeiten mit der Polizei sei das Präsidium unter der Telefon-Nr. 700 anzurufen, es würden die Schwierigkeiten dann sofort beseitigt werden. Einer der Angestellten hat einmal beim Sammeln Differenzen gehabt; man hat ihn auf das Polizeirevier mitgenommen und nach Erkundigung unter der angegebenen Telephon-Nummer sofort wieder freigegeben. Vielleicht äußert sich das Berliner Polizeipräsidium einmal dazu, wie es dazu kommt, nicht nur diese öffentlichen Sammlungen für eine Partei und „gegen die Verräterparteien des Reichstags" zu genehmigen, sondern auch noch Schwierigkeiten auf telefonischen Anruf hin auszuräumen.

Auch diese neue Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe, die mit großem Tamtam aufgemacht wird, wird genau so in der Versenkung verschwinden wie andere, die unter einem ähnlichen Namen bei jeder Wahlbewegung in die Erscheinung getreten sind. Der „Deutsche" meint, es ginge nicht anders, es müßten vor jeder Wahl ein Dutzend neue Parteien gegründet werden. Nach der Wahl kommt die Enttäuschung, dann stellt man wie die getrübten Lohgerber fest, daß die Felle fortgeschwommen sind. Man hat es meistens nicht einmal zu einem Mandat gebracht; man hat höchstens die bürgerlichen Parteien geschädigt und geschwächt. Dann verlangt man wieder von denselben Parteien, gegen die man den Kampf geführt hat, Unterstützung. Oder glauben diese Parteigruppen und Grüppchen ohne Hilfe der großen Parteien die Interessen des Mittelstandes wahrnehmen zu können? Wenn der Mittelstand auf die sogenannte Mittelstandspartei angewiesen wäre, dann hätte er noch keine Hilfe zu erwarten gehabt, weder vom Reichstag noch von den Länderparlamenten, noch von den Stadtverordnetenversammlungen.

So klein und unscheinbar die Parteien auch sind, so uneinig sind sie in sich selbst, und ihre Vertreter wissen oft selbst nicht bei Abstimmungen, wie sie sich verhalten sollen. Anläßlich der Abstimmung im Reichstag über Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund z. B. haben die 11 Wirtschaftsparteiler folgendermaßen gestimmt: Bei der ersten Abstimmung 2 mit ja, 9 mit nein; bei der zweiten Abstimmung 10 mit ja, 1 mit nein und bei der dritten Abstimmung 0 mit ja, 1 mit nein und 10 haben sich enthalten. Aehnlich bei anderen wichtigen Abstimmungen.

Die Anhänger von Handwerk, Handel und Gewerbe sollten endlich einsehen lernen, daß sie mit der Gründung von neuen Parteien auf dem falschen Wege sind. Je eifriger sie mitwirken in den großen, bewährten Parteien, um so besser werden sie ihre Interessen wahrnehmen können. Wir brauchen keine neuen Parteien. Die Zentrumspartei hat seit Jahrzehnten sich der [illegible] mit [illegible] Energie angenommen und wird es auch weiter tun, wenn es längst keine „Reichspartei für Handwerk, Handel und Gewerbe" mehr gibt.

Neue Krisengerüchte im Reichstag.

Die deutschnationale Forderung neuer Beamtenstellen.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ **Berlin**, 28. Febr. Eig. Drahtb.)

An inoffizielle Besprechungen der Führer der bisherigen Regierungskoalition mit Kabinettsmitgliedern wurden heute im Reichstag allerhand Kombinationen geknüpft. Man brachte die Besprechungen in Verbindung mit einem Vorstoß des deutschnationalen Abgeordneten Schmidt im Reichshaushaltsausschuß gegen die Ausführungen des Abg. v. Guérard bezüglich der Neueinstufung von Beamten. Bei der Aussprache über die Regierungserklärung machte am Montag bekanntlich v. Guérard im Rahmen seiner Darlegungen die Bemerkung, daß die Zentrumsfraktion bei der jetzigen Abstimmung über den Etat und den Nachtragsetat neue Beförderungsstellen nicht bewilligen könne. Trotz anderslautenden Ansichten ist das Kabinett doch nur als geschäftsführendes Organ anzusehen. In dieser Situation können neue Beförderungsstellen nicht mehr geschaffen werden, zumal auch die in weiten Kreisen herrschende Erregung wegen des Ausgangs der jüngsten Besoldungserhöhung noch lange nicht geschwunden ist. Die einzelnen Beamten, die vielleicht schon seit sechs und mehr Jahren auf ihre Beförderung wegen Mangels an Stellen warten müssen, werden ohne Zweifel die Nichterfüllung ihrer Wünsche schwer empfinden. Zurzeit ist aber eine andere Stellungnahme nicht möglich, als wie sie der Abg. v. Guérard im Namen des Zentrums formulierte. Der Vorstoß des Deutschnationalen Schmidt im Haushaltsausschuß muß daher starke Verwunderung hervorrufen. Schmidt erklärte nämlich, daß, wenn Preußen jetzt für den Etat 1928 Hunderte von neuen Beförderungsstellen schaffe, auch Reichsregierung und Reichstag beim Ergänzungsetat 1928 unbedingt die Folgerungen ziehen müßten; denn es ginge nicht an, die Reichsbeamten schlechter in der Beförderung zu stellen als die preußischen Beamten. Diese Ausführungen sind nicht stichhaltig. Denn im preußischen Etat handelt es sich lediglich darum, im Sinne der Besoldungsreform eine Anzahl von diätarischen Beamten, die zum Teil bereits bis zu zehn Jahren im Dienste stehen, in planmäßige Beamtenstellen zu überführen. Die Behauptung, daß den Reichsbeamten die Gefahr drohe, schlechter gestellt zu werden als ihre preußischen Kollegen, ist völlig unhaltbar. Die Beförderungsverhältnisse sind vielmehr in Preußen bei einzelnen Gruppen bedeutend schlechter als im Reich. Sofern die Erklärung des Abg. Schmidt die Auffassung der deutschnationalen Reichstagsfraktion sein sollte, muß mit einem ernsthaften Konflikt gerechnet werden. Einstweilen handelt es sich nur um Krisengerüchte. Bis Ende der Woche wird voraussichtlich etwas mehr Klarheit in der ganzen Angelegenheit herrschen.

★

20 Millionen Phoebus-Verluste.

() **Berlin**, 28. Febr. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" veranschlagt der Reichskommissar die in der Phoebusangelegenheit erlittenen Verluste auf etwa 20 Millionen Mark, wobei noch nicht feststehe, ob diese Summe nicht durch die weiteren Ergebnisse der noch laufenden Untersuchungen überholt werde.

Zwischen Vertretern des Reichsernährungs-, Reichswehr- und Reichsfinanzministeriums wurde die Angelegenheit der Berliner Bacon-Compagnie erörtert. Diese Angelegenheit dürfte in den nächsten Tagen zusammen mit der Phoebus-Angelegenheit noch dem Hauptausschuß sehr eingehend beschäftigen. Es handelt sich dabei um angebliche Speckgeschäfte des Kapitäns Lohmann, dessen Wirken bekanntlich auch die Verluste aus der Beteiligung des Reichswehrministeriums an der Phoebus-Film-A.-G. zuzuschreiben sind. Der Bacon-Kompagnie sollen unter Verletzung des Etatrechts Kredite aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden sein. Die Speckgeschäfte sollen mit erheblichen Verlusten abgeschlossen haben, zu deren Abdeckung die Kredite verwandt worden sein sollen. Die Sache ist noch reichlich unklar. Das Reichsernährungsministerium hat bereits erklärt, daß es damit nichts zu tun habe.

Der Panama-Flug der Los Angeles

2265 Meilen in knapp 40 Stunden.

Washington, 28. Febr. Das Luftschiff „Los Angeles" traf von Lakehurst in Franceseld am Panamakanal am Montag abend um 21.35 Uhr ein und war abends 22,40 Uhr an einem Behelfsmast verankert. Das Schiff machte die Fahrt ohne den geringsten Unfall oder Störung. Auch die Landung, bei der 300 Soldaten halfen, gelang vortrefflich.

In Regierungskreisen betrachtet man den ohne Zwischenlandung durchgeführten Flug als einen offenkundigen Beweis dafür, daß Luftschiffe dieses Typs für Flüge mit weiten Entfernungen geeignet sind. Die „Los Angeles" hat die Strecke von 2265 Meilen in 39 Stunden 45 Minuten zurückgelegt. Der Flug ist der größte Fernflug des Luftschiffes seit seiner Fahrt von Deutschland nach Amerika. Der Vertreter der „Goodyear Zeppelin Company" empfahl dem Kongreßausschuß den Bau von zwei Luftschiffen, die im Frieden als Handelstransportmittel sowohl für kontinentale, als auch für transatlantische Flüge verwendet werden könnten. Der Bau von zwei Luftschiffen würde acht Millionen Dollar kosten, der Bau nur eines Luftschiffes fünfeinhalb Millionen Dollar.

★

Dr. Eckeners neues Triebgas.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 28. Febr. (Drahtb.)

Mit diesem Rekordflug von Lakehurst nach Panama hat das Zeppelinluftschiff „Los Angeles" wieder eine Glanzleistung vollbracht, die den deutschen Schöpfern dieses prachtvollen Verkehrsmittels alle Ehre macht. Der großartige Fernflug darf abermals als ein hervorragender Beweis für die praktische Verwendbarkeit lenkbarer Luftschiffe für den Passagierdienst und insbesondere für den Transozeanflug bewertet werden. Wie aus Washington dem „Achtuhrabendblatt" gedrahtet wird, verfehlen die amerikanischen Marinesachverständigen denn auch nicht, auf die außerordentliche Wichtigkeit des deutschen Luftschiffbaues nachdrücklichst hinzuweisen. Neben der kommerziellen Bedeutung des Fluges wird aber auch die militärische Seite stark unterstrichen. Im Kongreß ist durch den glänzend durchgeführten Flug des Zeppelinkreuzers die Stimmung für den Weiterbau solcher Luftschiffe stark gewachsen. Ueberhaupt ist das Interesse der amerikanischen Oeffentlichkeit an dem Luftschiff als eines der wichtigsten Verkehrsmittel der Zukunft durch den Fernflug nach Panama außerordentlich belebt worden. Mit großer Spannung sieht man dem für die nächsten Monate angekündigten großen Fluge Dr. Eckeners mit seinem neuen L. Z. 127 entgegen und erwartet wiederum von ihm eine außerordentliche Leistung. Für die deutsche Technik, namentlich den deutschen Luftschiffbau, ist der Panamaflug eine unbezahlbare Propaganda gewesen. Im Zusammenhang mit dem Panamafernflug wird gerade jetzt in Luftfahrtkreisen die besondere Bedeutung des Triebgases hervorgehoben. Die amerikanische Marine verwendet bekanntlich für ihre Luftschiffe Heliumgas, dessen reiches Vorkommen in Amerika ihm eine geradezu monopolartige Stellung in der Luftschiffahrt bisher sicherte. Die Ankündigung Dr. Eckeners, daß auf seinem neuesten Luftschiff ein neuartiges Triebgas Verwendung finden werde, ist deshalb von den amerikanischen Sachverständigen mit besonderer Neugierde aufgenommen worden.

★

Der Rückflug.

÷ **Francefield** (Kanalzone), 28. Febr. Das Luftschiff „Los Angeles" trat heute vormittag 10,15 Uhr den Rückflug an. Es fliegt zunächst nach dem Golf Guacanayabo (Cuba), wo sein Begleitschiff „Patoka" vor Anker liegt.

Das Zentrum für den Panzerkreuzer.

Abg. Kaas wieder in Berlin. — Geßler und das Zentrum.

Von unserer Berliner Redaktion.

◇ **Berlin**, 28. Februar.

Abg. Dr. Kaas ist von seiner schweren Erkrankung wieder genesen und hat am Dienstag an den Beratungen des Reichstages teilgenommen. In der Sitzung der Zentrumsfraktion, die nach der Vollsitzung des Reichstages stattfand, begrüßte der Fraktionsvorsitzende von Guérard ihn aufs herzlichste. Beim Ausscheiden des Reichswehrministers Dr. Geßler aus seinem Ressort hat Abg. von Guérard ihm die Wünsche der Zentrumsfraktion für Gesundung und für seine fernere Tätigkeit ausgesprochen. Das inzwischen eingelaufene Dankschreiben Geßlers brachte der Vorsitzende in der Fraktion zur Verlesung. In dem Schreiben weist der frühere Reichswehrminister darauf hin, er habe die werktätige Hilfe der Zentrumsfraktion an dem Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht immer dankbar empfunden. Nur durch diese Hilfe sei es möglich gewesen, eine ruhige und stete Linie einzuhalten. Die herzlichen Beziehungen, die ihn mit den verschiedenen Mitgliedern der Zentrumsfraktion verbunden hätten und noch verbinden, gehörten zu den schönsten Erinnerungen seines Lebens. Nur die ruhige, auf moralische Eroberungen gestellte Politik der Zentrumspartei werde uns über die schwere Zeit hinweghelfen. Am Schluß des Schreibens sprach Reichswehrminister Dr. Geßler aus vaterländischen Gründen der Zentrumsfraktion die besten Wünsche für die Zukunft aus.

Im Rahmen der Tagesordnung befaßte sich die Fraktion mit dem im Reichswehretat vorgesehenen Bau eines Panzerschiffes. Nach eingehenden Beratungen, durch die das Problem von allen nur denkbaren Seiten beleuchtet wurde, faßte die Fraktion mit großer Mehrheit den Beschluß, dem Bau des angeforderten Panzerkreuzers zuzustimmen.

Merkwürdig!

:: **Berlin**, 28. Februar. Zu den ganz konkreten Mitteilungen der „Deutschen Zeitung" über die Rede des früheren Landrats von Hertzberg auf dem Berliner Kommers alter Korpsstudenten, in der (nach dem von dem genannten Blatt mitgeteilten Wortlaut) die Untreue gegenüber dem jetzigen Staat gepredigt und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der frühere Reichskanzler Dr. Luther wegen der Locarno-Politik des Verrats beschuldigt wurden, wird von Berliner Blättern ein Schreiben veröffentlicht, das die Leitung des Kommerses dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Schubert, auf seine Anfrage über den Inhalt der Rede hat zugehen lassen. In dem

Oder 4-Wohnung
...en. Kochgelegenheit vor... Licht und Badege...
...Geschäftsstelle ds. Bl.

...ger ...o- ...rde
...hrende Marke
Niedrige Preise ...ch an Private.
...ngerkamp
...Heinrich Hungerkamp.
...-Großhandlung. ...a 52 (Ecke Ostwall).

Sprati's Hundekuchen
stark phosphorhaltig
vorzügl. Aufzuchtmittel
für junge Hunde
5 Pfd.-Beutel 2.25
erhalten Sie stets frisch
in der Drogerie
Gebr. Steiner, Markt 8

Einfach kath. Fräulein sucht für bald oder später
Stellung
als Stütze der Hausfrau am liebsten mit Familien-Anschluß. Selbige ist auch bewandert im Kochen, Backen u. Einmachen.
Offerte unter C 7258 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Schreiben wird u. a. erklärt: „Es entspricht nicht den Tatsachen, daß persönliche Angriffe gegen den Herrn Reichsaußenminister oder überhaupt gegen frühere oder derzeitige Mitglieder der Reichsregierung erfolgt sind; auch die heutige Staatsform ist in keiner Weise angegriffen worden. Die Kommersleitung wird schon im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der politischen Ueberzeugung der Angehörigen des Kösener Verbandes für die Folge versuchen, noch in stärkerem Maße als bisher Bindungen herbeizuführen, die Reden politischer Färbung ausschließen."

Merkwürdig! Die „Deutsche Zeitung, mit dem früheren Landrat von Hertzberg durchaus geistesverwandt, veröffentlicht seine Rede und nun sollen die markantesten Worte darin garnicht gesprochen worden sein! So bleibt vielleicht die Erklärung übrig, daß die „Deutsche Zeitung" die Rede so veröffentlicht hat, wie sie v. Hertzberg ursprünglich hat halten wollen.

1780 Millionen für Versorgung und Ruhegehälter.

× **Berlin**, 28. Februar.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die zweite Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter.

Abg. **Boßmann** (Soz.) weist darauf hin, daß dieser Haushalt die ungeheure Summe von 1780 Millionen erfordert.

Trotz der großen Sterblichkeit der Kriegsopfer wachse von Jahr zu Jahr die Zahl der Versorgungsberechtigten.

Im Ausschuß sei von allen Rednern die Situation als geradezu furchtbar bezeichnet worden. Die Versorgung der Kriegsopfer sei leider keine vorübergehende Erscheinung. Andererseits sei gerade bei diesem Etat jede Sparsamkeit zu verdammen. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge seien immer als sachlich berechtigt anerkannt, aber wegen der schlechten Finanzlage abgelehnt worden. Nun habe sich gestern plötzlich herausgestellt, daß 250 Millionen für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Die Sozialdemokratie wolle nicht die berechtigten Pensionsansprüche der Beamten und Heeresangehörigen aufheben, aber sie wende sich gegen die Maßlosigkeit nach oben. Der Redner empfiehlt zur Annahme eine Ausschußentschließung, in der die baldige Vorlegung eines Pensionskürzungsgesetzes und eines Pensionsgesetzes für politische Beamte verlangt wird.

Abg. **Laverrenz** (Dn.) erklärt, aus grundsätzlichen Erwägungen sei die deutschnationale Fraktion gegen jeden Versuch einer Pensionskürzung. Das in der Ausschußentschließung verlangte Pensionsgesetz für die politischen Beamten werde auch von den Deutschnationalen gewünscht. Ein ungelöstes Problem sei noch immer die richtige Versorgung der aus der Reichswehr Ausscheidenden. Zu begrüßen sei auch die Ausschußentschließung, die die Regierung ersucht, die Beihilfen für die hilfsbedürftigen Kriegsteilnehmer aus dem Kriege 1870/71 und den früheren Feldzügen in Fällen besonderer Notlage angemessen zu erhöhen. Die Tropenzulage müßte bei der Pensionsberechnung berücksichtigt werden.

Abg. **Lucke** (W. V.) verlangt die Anrechnung der Wartestandszeit der Beamten auf das pensionsfähige Dienstalter.

Abg. **Erfing** (Z.) erklärt, seine Fraktion wolle nicht die wohlerworbenen Rechte der Beamten antasten. Aber

die Auswüchse und Mißbräuche im Pensionswesen müßten beseitigt werden.

Leider habe die Regierung trotz des wiederholten Verlangens des Zentrums nicht das Pensionsgesetz für politische Beamte vorgelegt. Auch das Zentrum sei nicht für die dauernde Aufrechterhaltung von Pensionen, die 20 000 Mark und mehr betragen. In der Zeit der allgemeinen Notlage müßten auch diese Pensionäre Opfer bringen

Abg. **Brüninghaus** (D. Vpt.) betont, daß den Kriegsbeschädigten gegeben werden müsse, was irgend möglich sei. Unerträglich sei die bisherige Regelung, daß pensionierte Offiziere verhindert würden mehr zu verdienen, als ihr Gehalt betragen würde, wenn sie noch im Amte wären

Abg. **Brodauf** (Dem.) empfiehlt eine Entschließung seiner Fraktion, die im Etat für 1929 die „Zivilversorgung" besonders aufführen und aus dem Versorgungsetat herausnehmen will, weil gerade dieser wichtige Versorgungszweig bisher zu kurz gekommen sei.

Abg. **Weber-Düsseldorf** (Komm.) verlangt Erhöhung der Bezüge der Kriegsopfer und beantragt Streichung der Generals-, Admirals- und Ministerpensionen.

Abg. Dr. **Frick** (Soz.) wendet sich gegen die Pensionierung parlamentarischer Minister. Als Redner scharfe Angriffe gegen Eisner und Erzberger richtet, kommen

Entrüstungsrufe

von links und aus dem Zentrum. Präsident **Loebe** ersucht den Redner, nicht auf frühere Ausführungen zurückzukommen, von denen er wisse, daß sie hätten gerügt werden müssen Abg. **Frick** fährt fort: Im Aeltestenrat sei schon eine Pensionierung der Reichstagsabgeordneten erwogen worden.

Präsident **Loebe** erwidert, ein solcher Plan sei niemals im Aeltestenrat erörtert worden

Abg. **Knoll** (Z.) meint, das Niveau des Abgeordneten Dr. Frick sei gekennzeichnet durch seine geschmacklosen Angriffe gegen ermordete Politiker, die dem Vaterlande große Dienste geleistet hätten. Der Redner wendet sich gegen eine Anrechnung der Tropenzulage auf die Pensionen, solange die Kriegszulagen nicht angerechnet werden könnten

Abg. **Loibl** (B. Vp.) nimmt die bisherigen Regierungsparteien in Schutz gegen den Vorwurf, daß sie für die Kriegsbeschädigten nicht genug übrig gehabt hätten. Die Sozialdemokraten hätten zwar viel gefordert, sich aber niemals um die Deckung gekümmert.

Während der Rede des Abg. Loibl kommt es zu einem

Zwischenfall.

Von der Publikumstribüne ruft mit drohend erhobener Faust ein Mann laut in den Saal: „Wann werden Sie mir meine Kriegsentschädigung geben? Ich werde euch verfluchen und meine Kameraden mit mir, wenn ihr mir nicht meine Rente ehrlich bewilligt!" Der Rufer wird durch einen Diener von der Tribüne geführt.

Abg. **Loibl** (B. Vp.) wendet sich gegen die Linke mit den Worten: Solche Zwischenfälle sind die Folgen Ihrer verhetzenden Tätigkeit, wie wir sie draußen erleben! (Lärm und Rufe links: „Nein, eine Folge Ihrer Untätigkeit! Sie haben die Kriegsbeschädigten belogen und betrogen!"

Abg. **Roßmann** (Soz.): Wenn der Abg. Loibl den bedauerlichen Vorfall als eine Folge unserer Agitation bezeichnet, so weise ich diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück. (Abg. Loibl: Ich habe keine Fraktion genannt!) Die Ausführungen von Dr. Frick seien eine skandalöse Totenschändung gewesen.

Damit schließt die Aussprache. Der Teil der Ausschußentschließung, der ein Gesetz über Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionskürzung bei hohem Arbeitseinkommen fordert, wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 120 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei gestimmt. Angenommen wird auch der Teil der Entschließung, in dem ein Pensionsgesetz für politische Beamte gefordert wird. Die weiteren Ausschußentschließungen auf Beihilfen für die alten Veteranen und auf vermehrte Einstellung Versorgungsberechtigter bei den Reichsbehörden werden gleichfalls angenommen.

Nach Ablehnung aller Aenderungsanträge wird der Versorgungsetat bewilligt.

Um 18,15 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 14 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Landwirtschaftsetat.

Neue französische Manöver in Genf.

Die Rücksicht auf die französischen Wahlen.

◆ **Genf**, 28. Febr. In Völkerbundskreisen sind heute wiederum Gerüchte im Umlauf, nach denen eine Vertagung der am 15. März beginnenden Session der vorbereitenden Abrüstungskommission erwogen wird. Es dürfte sich hierbei um Versuche von französischer Seite handeln, die bereits seit längerer Zeit im Gange sind. Bekanntlich wird von französischer Seite die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen von dem Gang der Sicherheitsverhandlungen abhängig gemacht und hierbei erklärt, eine Förderung der Abrüstungsarbeiten sei ohne die Schaffung der notwendigen Sicherheitsgarantien nicht denkbar. Hierbei dürften jedoch die bevorstehenden französischen Wahlen eine Rolle spielen. Es verlautet, daß der französische Delegierte in der Abrüstungskommission, Paul-Boncour, infolge der einsetzenden Wahlpropaganda an der Vertretung in der Abrüstungskommission verhindert ist und infolgedessen von französischer Seite eine Verschiebung der Tagung der Abrüstungskommission angestrebt werde. Gegenüber diesen Versuchen wird jedoch von deutscher Seite entsprechend der deutschen Auffassung mit großem Nachdruck eine sofortige und sachliche Weiterführung der Abrüstungsarbeiten gefordert werden müssen. Die Abrüstungsaufgabe des Völkerbundes steht nach den Bestimmungen des Völkerbundspaktes in keinerlei sachlichem Zusammenhang mit der Schaffung irgendwelcher neuer Garantien und muß mit diesen auch nicht in Zusammenhang gebracht werden.

★

Die Monroedoktrin.

() **Genf**, 28. Febr. Im Sicherheitskomitee wandte sich heute nachmittag der argentinische Vertreter Cantillo gegen die Ergänzung der Paktbestimmungen durch genauere Verfahensvorschriften. Er halte es für vorteilhafter, den verschiedenen Paktartikeln eine gewisse Elastizität zu lassen. Unter Bezugnahme darauf, daß in der Aussprache auch Artikel 21 des Paktes erwähnt wurde, in welchem u. a. gesagt werde, daß die Monroedoktrin nicht mit irgend einer Bestimmung der Völkerbundssatzung unvereinbar sei, erklärte dann der argentinische Delegierte, er halte es für seine Pflicht, im Namen der geschichtlichen Wahrheit gegen die Fassung dieses Artikels Einspruch zu erheben. „Die Monroedoktrin", so führte er weiter aus, „bildete eine politische Erklärung der Vereinigten Staaten. Die mit dieser Erklärung umschriebene Politik hat uns zu Beginn unserer Existenz einen sehr großen Dienst geleistet, den wir voll anerkennen. Es wäre jedoch falsch, wenn man, wie das in Artikel 21 der Völkerbundssatzung geschieht, eine einseitige politische Erklärung beispielsweise als regionale Verständigung bezeichnet. Auf diese Bemerkung, die sofort lebhaftes Interesse hervorrief und im Zusammenhang mit der Haltung Argentiniens auf dem letzten panamerikanischen Kongreß in Havanna gebracht wurde, erklärte Paul-Boncour, daß er diese außerordentlich wichtige Erklärung des argentinischen Vertreters in keiner Weise kommentieren wolle, aber was seine gestrige Bemerkung über die speziellen Bedürfnisse der europäischen Staaten betreffe, so habe er damit in keiner Weise einen Zweifel an seinem festen Glauben an die Universalität des Völkerbundes aufkommen lassen wollen.

★

Kein Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten.

▲ **Genf**, 28. Febr. Das Sicherheitskomitee hat heute abend die Aussprache über den Bericht des holländischen Delegierten Rütgers in bezug auf Auslegung und Erweiterung gewisser Bestimmungen der Artikel 10, 11 und 16 ohne Ausgleich der bestehenden Meinungsverschiedenheiten abgeschlossen und dem Redaktionskomitee endgültige Formulierung der Schlußfolgerungen des Berichtes überlassen. Mit der Weiterberatung des finnischen Antrages auf Organisierung finanzieller Hilfe der angegriffenen Staaten wurde das Finanzkomitee des Völkerbundes beauftragt, das dazu vier Mitglieder des Sicherheitskomitees hinzuziehen soll. Die Beratung der deutschen Vorschläge muß auf eine für Mittwoch abend 6 Uhr angesetzte weitere Vollsitzung des Komitees verschoben werden, dessen Arbeiten in den nächsten Tagen sich in verschiedenen Unterausschüssen abwickeln werden, und an denen seit heute auch Ministerialdirektor Dr. Gauß teilnimmt.

★

Stresemann in Genf.

() **Berlin**, 28. März. Wie uns mitgeteilt wird, wird Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann in Genf voraussichtlich am Sonntag vormittag eintreffen, nachdem er am Sonnabend abend von Cap Martin abgereist sein wird. Staatssekretär von Schubert wird heute mittag den Mitgliedern des Reichskabinetts einen kurzen Vortrag über die in Genf zu erörternden Probleme halten und heute abend Berlin verlassen.

Die neue amerikanische Note an Frankreich.

◇ **Paris**, 28. Febr. „Intransigeant" glaubt über den Inhalt der heute in Paris eingetroffenen amerikanischen Note, die sich mit dem Abschluß eines Antikriegspaktes beschäftigt, sagen zu können, aus der neuen Note ergebe sich, daß die amerikanische Regierung ihre Ansicht nicht geändert habe; sie wünsche, daß ein Pakt, der alle Kriege, sowohl offensive wie defensive, ausschließe, augenblicklich durch die Mächte unterzeichnet werde, die als Großmächte gelten. Wenn Kellogg zu diesen Großmächten u. a. Frankreich, England und Italien zähle, so rechne er doch weder Spanien noch irgend eine der südamerikanischen Republiken hierzu. Washington lehne also implizite das Verfahren ab, das darin bestehen würde, zuerst ein Abkommen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abzuschließen, um es dann den Hauptmächten zu unterbreiten. Die amerikanische Regierung soll nach dem Blatt auch erklären, daß sie mit Optimismus das Ideal verfolge, das sie in diesem Augenblick gemeinsam mit Briand suche. Sie hegt die Hoffnung, zu einem Ziel zu gelangen, vertrete aber den Standpunkt, daß keine Lösung möglich sei und kein Mittel bestehe, ernstlich den Krieg zu beseitigen, wenn nicht ein vielseitiger Pakt abgeschlossen werde, wie sie ihn vorschlage.

★

Rußland als Hindernis der Abrüstung.

-l- **London**, 28. Febr. Der Staatssekretär des Innern, Joynson Hicks sagte gestern abend in einer Rede: Solange die allgemeine Dienstpflicht einen Teil der Politik der großen Nationen des Kontinents bildet und in ihrem Herzen verankert ist, wird es in der ganzen Welt wenig Abrüstung geben. Unsere Armee zählt eine Viertelmillion weniger als 1914 und wir haben die Zahl unserer Kriegsschiffe von 704 auf weniger als 400 vermindert. Er sagte ferner: Zweimal sind die Russen nach Genf mit einem Abrüstungsplan gekommen. Tatsächlich versucht Rußland die Zivilisation jedes Landes der Welt zu zerstören und gleichzeitig schlägt es Abrüstung vor. In welcher Lage würden wir sein, wenn wir abrüsteten und unser Land und unsere Dominien dadurch den blutdürstigen Russen öffneten.

Was zu erwarten war.

Dr. Roß der Gruppe der Volksrechtspartei im Reichstag beigetreten.

Berlin, 28. Febr. Die Gruppe der Volksrechtspartei im Reichstag, die bisher aus den Abgeordneten Seiffert und Dr. Best bestand, ist jetzt auch der Abgeordnete Dr. Roß, der bisher dem Zentrum angehörte, beigetreten. (Wir haben gleich an die Meldung vom Austritt des Abg. Dr. Roß aus der Zentrumsfraktion die Vermutung geknüpft, daß er sich an die bis dahin völkischen Abgeordneten Seiffert und Best anschließen würde. Die Red.)

Der 10. Unabhängigkeitstag von Afghanistan.

Festessen und Empfang bei König Aman Ullah.

÷ **Berlin**, 28. Febr. Aus Anlaß des 10. Unabhängigkeitstages von Afghanistan hatte heute abend das afghanische Königspaar in das Palais Prinz Albrecht zu einem Festessen eingeladen. Kurz nach 7 Uhr erschien der Herr Reichspräsident in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner und wurde in der Vorhalle von dem hiesigen afghanischen Gesandten empfangen.

Der Einladung waren u. a. gefolgt: Der Stellvertreter des Reichskanzlers Exz. Hergt, mehrere Mitglieder des Reichskabinetts und des preußischen Staatsministeriums, der Doyen des diplomatischen Korps, Nuntius Pacelli, verschiedene in Berlin accreditierte Botschafter sowie der persische Gesandte.

Bei der Tafel begrüßte der König den Herrn Reichspräsidenten sprach seinen Dank aus für die freundliche Teilnahme an der heutigen Feier des Unabhängigkeitstages und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er diese Feier gerade in Deutschland begehen könne.

Der Herr Reichspräsident sprach in seiner Erwiderung dem Königspaar seine und der Reichsregierung herzliche Glückwünsche zum heutigen Tage aus.

An das Festessen schloß sich ein großer Empfang, zu dem das gesamte diplomatische Korps, die Spitzen der Behörden, Vertreter der Wissenschaft und Kunst, der Industrie, des Handels und der Wirtschaft, sowie der Presse eingeladen waren.

Rußland schürt einen Krieg in China.

)(**Moskau**, 28. Februar. Die Presse veröffentlicht heute eine Entschließung der nunmehr geschlossenen Vollversammlung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale in der China-Frage. Es wird darin auf die Unausbleiblichkeit eines neuen Aufstiegs der revolutionären Bewegung in China hingewiesen und der kommunistischen Partei Chinas die Vorbereitung zur Durchführung eines bewaffneten Aufstandes zur Aufgabe gestellt. Die Entschließung spricht sich dann gegen die Taktik des Kleinkrieges aus. Sie fordert alle Sektionen der kommunistischen Internationale auf, für die Abberufung der Auslandstruppen, die sich noch in China befinden, zu kämpfen und den chinesischen Arbeitern eine allseitige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Deutsches Reich.

Ablauf wichtiger Lohnsteuerfristen.

◇ **Berlin**, 28. Febr. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß am 29. Februar die Frist abläuft, innerhalb der die Arbeitgeber den Finanzämtern Ueberweisungslisten für 1927 über die außerhalb des Ortes der Betriebsstätte wohnhaft gewesenen Arbeitnehmer einzureichen haben. Bis zum gleichen Tage haben die Arbeitnehmer, für die 1927 Steuermarken verwendet worden sind, ihre Steuerkarten mit Einlagebogen an das Finanzamt abzuliefern Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Erstattung von Lohnsteuer für 1927 bis zum 31. März beim Finanzamt eingereicht werden müssen. Merkblätter über Lohnsteuererstattung und Antragsvordrucke sind bei den Finanzämtern kostenlos erhältlich.

Kranzniederlegung am Grabe Eberts.

× **Berlin**, 28. Febr. Im Auftrage des Reichskanzlers hat der Präsident des Landesfinanzamtes Karlsruhe, Stamer, am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anläßlich der Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt. Die preußische Staatsregierung hat wie alljährlich durch den Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Walz einen Kranz in den preußischen Farben am Grabe niederlegen lassen.

Bevorstehende Ankunft des finnischen Außenministers in Berlin.

◇ **Berlin**, 28. Febr. Wie mitgeteilt wird, wird der finnische Außenminister am Donnerstag vormittag in Berlin eintreffen und am Donnerstag abend nach Genf weiterreisen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der italienische Gesandte in Wien bei Mussolini.

Rom, 27. Febr. Nach der Kammersitzung empfing heute Ministerpräsident Mussolini im Palais Chigi den italienischen Gesandten in Wien, Auriti, der dem Ministerpräsidenten den stenographischen Wortlaut der von den Abg. Kolb und Abram, sowie vom Bundeskanzler Seipel im österreichischen Nationalrat gehaltenen Reden vorlegte und noch andere Informationen hinzufügte.

Die amtliche englische Untersuchung über die Hinrichtung Miß Cavells.

× **London**, 27. Febr. „Evening Standard" veröffentlicht ein Schreiben des Juristen Manisty, der 1918—1919 Mitglied des Untersuchungsausschusses für die deutschen Kriegsverbrechen war, in dem er berichtet: daß gegen Ende des Jahres 1919 ein Unterausschuß ernannt wurde, um den Cavellprozeß und die Hinrichtung der Pflegerin Cavell zu prüfen. Dieser Unterausschuß kam zu dem Schluß, daß das Gericht berechtigt war, die Pflegerin Cavell abzuurteilen, daß diese das Verbrechen, dessen sie beschuldigt wurde, begangen hatte und daß das Gericht nach deutschem Gesetz die Befugnis hatte, sie zum Tode zu verurteilen. Dieser Bericht wurde vom Vollausschuß entgegengenommen und angenommen.

Annahme der Freigabebill im amerikanischen Senat.

× **Washington**, 28. Febr. Der Senat nahm heute die Freigabebill in der am Freitag von Delegierten beider Häuser festgelegten Kompromißform an. Die Bill geht nunmehr dem Repräsentantenhaus zu.

Eine Ueberschwemmungskatastrophe in China.

80 Dörfer unter Wasser.

◇ **Peking**, 28. Febr. Der Hoangho hat in der Provinz Schantung in der Nähe der Stadt Litsing seine Deiche durchbrochen und weite Strecken überschwemmt. Ueber 80 Dörfer stehen unter Wasser, und etwa 20 000 Menschen sind obdachlos geworden. Der Schaden ist zurzeit noch unübersehbar. Wie es heißt, sind zahlreiche Personen durch den plötzlichen Einbruch der Fluten ums Leben gekommen.

Von Nah und Fern.

Otto von Bismarcks Verlobung.

◇ **Berlin**, 28. Febr. Fürst Otto v. Bismarck hat sich, nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" in Stockholm mit Fräulein Anne Marie Tengbom verlobt. Die Verlobung wird am 1. März öffentlich bekanntgegeben und in Stockholm im engsten Familienkreise gefeiert werden. Der Fürst, der heute im 31. Lebensjahre steht, ist als Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Stockholm tätig.

Neuer Ausbruchsversuch Franz Kirsch's.

× **Berlin**, 28. Febr. In einer der letzten Nächte hörte man auf dem Gefängnishof in Potsdam in der Lindenstraße plötzlich ein lautes Klirren. Eine Fensterscheibe war auf den Hof gefallen. Die sofortige Untersuchung ergab, daß der hier im Gefängnis untergebrachte berüchtigte Ein- und Ausbrecher Franz Kirsch die Stäbe seines Zellenfensters mit einer Säge durchschnitten hatte Kirsch hatte sich bereits mit einem Teil seines Körpers durchgezwängt Der nächtliche Ausflug wurde verhindert und Kirsch ist jetzt bis zur Berufungsverhandlung, die demnächst vor der Großen Potsdamer Strafkammer stattfindet, in Fesseln gelegt worden.

Ein Dorf in Flammen.

× **Magdeburg**, 28. Febr. Gestern wurde das Dorf Cacharien ein Raub der Flammen. Innerhalb kurzer Zeit brannten sieben Gehöfte mit 13 Gebäuden vollständig nieder. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Es wird Brandstiftung vermutet.

Vier Rauschgifthändler verhaftet.

× **Altona**, 28. Febr. Die Polizei nahm im Hamburg-Altonaer Grenzgebiet vier Personen fest, die in den Lokalen Rauschgifte verkauften.

Großfeuer bei einer Möbelfirma.

Ludwigshafen, 28. Febr. Am Montag entstand in den späten Abendstunden in den Lagerräumen der Filiale der Möbelfirma Landes Söhne-Mannheim in Ludwigshafen im Hintergebäude aus bisher unbekannter Ursache ein Brand, der an den dort lagernden Möbelvorräten reiche Nahrung fand. Innerhalb kurzer Zeit war das ganze Hintergebäude samt den Möbelvorräten ein Opfer der Flammen geworden. Die Flammen griffen auch auf einen seitlichen Anbau über, von dem die oberen Stockwerke zum Teil ausbrannten. Die Feuerwehr arbeitete fieberhaft an der Bekämpfung des Feuers und hatte Mühe, die Nachbargebäude zu schützen. Nach vorläufiger Schätzung dürfte sich der Schaden auf ungefähr 120 000 Mark belaufen.

Schwerer Motorradunfall.

× **Tiefenort** (Werra), 28. Febr. In der vergangenen Nacht fuhr in der Nähe der Schneidemühle von Herrenbreitungen ein Motorrad auf einen Wagen auf. Der Fahrer und sein auf dem Soziussitz sitzender Begleiter wurden vom Rad geschleudert und so schwer verletzt, daß sie noch in der Nacht ihren Verletzungen erlagen. Sie wurden als ein Herr Wolf aus Barchfeld und ein Herr Simon aus Immelborn festgestellt.

Strandung eines isländischen Dampfers.

◇ **London**, 28. Febr. „Daily Mail" meldet aus Reykjavik (Island): Der isländische Dampfer „Jon Forseti" strandete gestern früh bei Reykjanes. 13 Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen, neun wurden von einem Motorboot gerettet. Drei befinden sich noch in der Takellage des gestrandeten Dampfers.

Anschlag auf einen italienischen Jesuitenpater.

÷ **Rom**, 28. Febr. Auf den früheren Generalsekretär der Gesellschaft Jesu, den Geschichtsschreiber des Jesuitenordens, Pater Dacchi Venturi, ist ein Attentat verübt worden. Ein junger Mann versuchte in dem Kloster an der Jesuskirche mit einem dolchartigen Instrument dem Gelehrten den Hals zu durchbohren. Der Pater wurde verwundet; der Täter ergriff die Flucht. Ueber das Motiv der Tat herrscht noch Unklarheit.

Unwetter in Spanien.

◇ **Madrid**, 28. Febr. Die Presse berichtet, daß an den Küsten des mittelländischen Meeres und in den südlichen Gebieten an der atlantischen Küste durch Unwetter schwerer Schaden angerichtet wurde. Mehrere Flüsse sind derartig gestiegen, daß man Besorgnisse hat.

Große Verkehrsstockungen in der Türkei infolge der Schneestürme.

:: **Angora**, 28. Februar. Die starke Kälte und die Schneestürme dauern mit äußerster Heftigkeit an. Mit Balikesri, Siwas und Trapezunt ist jede Verbindung unterbrochen. Auch an der Küste des Golf von Ismid herrscht Frostwetter. Der Bahnverkehr Bandirma-Balikesri-Smyrna ist eingestellt. In einigen Orten mußten die Schulen geschlossen werden.

Schwere Einsturzkatastrophe in Brasilien.

× **Rio de Janeiro**. Nach hier eingetroffenen Meldungen stürzte in Curityba ein Lichtspieltheater während der Vorstellung ein. Zahlreiche Personen wurden getötet, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. 13 Leichen sind bereits geborgen.

Kampf zwischen Polizei und Arbeitern in Tokio.

⊙ **Tokio**, 28. Febr. Als die Polizei gestern abend mehreren Personen verbot, in einer Versammlung der Arbeiterpartei zu reden und die Türen des Saales schloß, in dem die Versammlung stattfand, sodaß hunderte von Leuten draußen bleiben mußten, geriet die Menge in Wut und bewarf die Polizeibeamten mit Steinen. Erst nach dem Eintreffen von Verstärkungen gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen, die mehrere Beamte, darunter zwei Offiziere, verletzte. Etwa 100 Personen wurden verhaftet

Generalversammlung des Westf. Bauernvereins.

Die Satzungsänderungen. – Für die Erhaltung der Behörden in Münster. – Eine Rede des Prof. Beckmann.

△ **Münster**, 28. Februar.

Die Schwierigkeiten, die seit einigen Jahren in den wirtschaftspolitischen Organisationen der westfälischen Landwirtschaft herrschen, vor allem aber die erhoffte Einigung, mögen der Grund gewesen sein, daß die Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins, die nach voraufgegangener Vorstands- und Ausschußsitzung am heutigen Nachmittag im großen Saale des Schützenhofes so stark besucht war, daß sogar die weiten Galerien in Anspruch genommen werden mußten, um allen Teilnehmern Platz zu bieten.

Der Präsident des Westfälischen Bauernvereins, Freiherr **von Kerckerinck zur Borg**, begrüßte eingangs die Ehrengäste, als Vertreter des Oberpräsidenten den Regierungsrat Frhr. v. Thielmann, als Vertreter des Landeshauptmanns die Landesräte Pothmann und Kraß und den Landesbaurat Planeth, den Vizepräsidenten Dr. Hettlage und Regierungsrat Dr. von Hartmann als Vertreter des Regierungspräsidenten von Münster, den Vertreter des Regierungspräsidenten von Arnsberg, den Oberregierungsrat Dr. Meiners als Vertreter des Präsidenten des Landesfinanzamtes, den Oberreg.-Rat Tangerding, den Vertreter des Landesarbeitsamtes Westfalen, den Oberbürgermeister Dr. Sperlich, Bürgermeister Schlanstein, die Ehrenmitglieder Oberpräsident a. D. Prinz v. Ratibor u. Corvey u. Landrat a. D. Geh.-Rat Frhr. v. Schorlemer, ferner als Vertreter des Preußischen Landgemeindetages West Bürgermeister Bartosch, den Vorsitzenden der Westfälischen Landwirtschaftskammer, Freiherrn v. Ledebur, und den Kammerdirektor, Oekonomierat Dr. Gerland, den Generallandschaftsdirektor Dr. Kellermann, den Direktor der Westf. Zentralgenossenschaft Dr. Sutthoff, die Direktoren Feldmann und Braun von der Ländlichen Zentralkasse, Direktor Dr. Brauckmann vom Haftpflichtversicherungsverein u. — nicht zuletzt — die Vertreter der Presse, der der Präsident dankt für die warme Vertretung der Interessen der Landwirtschaft. Dann hielt er folgende

Einführnngsrede:

Zu bedeutungsvollen Entscheidungen tritt die Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins am heutigen Tage zusammen. Diese Entscheidungen betreffen vor allem die

Umgestaltung unseres Vereinsstatuts

in dem Sinne, daß die Mitglieder des Ausschusses und des weiteren Vorstandes nicht mehr von der Generalversammlung bezw. von der Ausschußsitzung auf formellen Vorschlag der Leitung gewählt werden, sondern ohne deren Zutun von unten herauf, indem Ortsgruppen und Kreisgruppen der Vereinsmitglieder sich dieserhalb als Wahlkörper konstituieren. Zugleich soll das System der Bezirksverbände als vereinsseitiges Parallelgebilde der landwirtschaftlichen Hauptvereine über das ganze Vereinsgebiet ausgedehnt und der engere Vereinsvorstand neben den drei Präsidenten aus den von den Bezirksverbänden zu wählenden Bezirksverbandsvorsitzenden gebildet werden.

Durch einen solchen organischen Aufbau der Vereinsinstanzen auf breitester Basis, wie er unseren neuzeitlichen Anschauungen entspricht, hoffen wir die Kraft eines jeden einzelnen Vereinsmitgliedes ohne Ausnahme dem Dienste des Organisationsgedankens nutzbar zu machen, sein Interesse anzueifern und so in noch höherem Grade als bisher die Geschlossenheit der Mitglieder zu fördern und die Vereinsidee zu beleben. Zugleich glauben wir damit vielerlei Wünschen und Beanstandungen gerecht zu werden, die uns in den letzten Jahren entgegengetreten sind.

Bereits im August des vergangenen Jahres haben Ausschuß und Generalversammlung in diesem Sinne grundsätzliche Stellung genommen. Zur Beratung der Einzelheiten haben Sie damals eine Kommission eingesetzt, der ich für ihre aufopferungsvolle Arbeit auch an dieser Stelle den besonderen Dank des Vereins abstatten möchte. Der Entwurf der Kommission hat in der Folge der Prüfung erst des engeren und sodann des weiteren Vorstandes unterlegen, und schließlich hat noch der Vereinsausschuß in der heutigen Morgensitzung sich eingehend mit der Materie beschäftigt.

Die Fassung, die die Satzungen in dieser sorgfältigen Behandlung gewonnen haben, werden wir nunmehr Ihrem Votum unterbreiten. Ihr Votum ist das entscheidende.

Mit der Annahme der Statuten erwächst dann die weitere Aufgabe, die einzelnen Orts- und Kreisgruppen zu konstituieren und durch diese die Mitglieder des Vereinsausschusses und des Gesamtvorstandes neu zu wählen, alsdann die noch fehlenden Bezirksverbände zu bilden und deren Vorsitzende durch Wahl zu bestimmen. Schließlich und letztlich obliegt dem neuen Ausschuß die Neuwahl eines Präsidenten und seiner beiden Stellvertreter. Das heutige Präsidium betrachtet mit der Annahme des neuen Statuts sein Mandat in gleicher Weise, wie die bisherigen Vorstands- und Ausschußmitglieder, grundsätzlich als erloschen; es wird aber selbstverständlich die Geschäfte weiter leiten und die innere Neugestaltung zur Durchführung bringen, bis zu dem Augenblicke, da der Unterbau vollendet ist und auch die Neuwahl von drei Präsidenten als letzter Akt dieser konstruktiven Maßnahmen erfolgen kann. Wir hoffen, daß dies schon in wenigen Monaten der Fall sein wird.

Aber, meine verehrten Freunde, auch in der neuen Struktur und unabhängig von den Personen, die immer Sie alsdann an die Spitze stellen mögen, der alte Geist, den Schorlemer seiner Schöpfung eingehaucht, er muß weiter walten im Westfälischen Bauernverein von Geschlecht zu Geschlecht. (Beifall.)

Auf den Geist kommt es an, nicht allein auf die Satzungen. Die besten Satzungen nützen nichts, wenn sie gehandhabt werden von Kräften, die des echten Geistes bar sind. Und umgekehrt läßt sich auch mit mangelhaften Satzungen leben, wenn die Seelen der Vereinsgenossen unter sich und mit der Leitung im harmonischen Gleichtakt schwingen.

Der Geist des Bauerntums ist eine Welt für sich, erdgebunden, zeitumspannend. (Sehr richtig!)

Auf der Scholle, die schon die Väter, die Urväter pflügten, schafft der Bauer für Kinder und Kindeskinder, die die gleiche Scholle dermaleinst nach seinem Willen pflügen sollen. An diese Scholle heftet er seine Erinnerungen wie seine Hoffnungen. Kein anderer Stand fühlt so bewußt den lebendigen Blutstrom, der durch die Geschlechterfolgen aus der Vergangenheit für die Gegenwart in die Zukunft rinnt. Kein anderer Stand empfindet so unmittelbar den Sinn der Familie als einer höheren Einheit, als einer ideellen Gemeinschaft der heute blühenden Generation mit den Gewesenen, die hinter ihr, und den noch Ungezeugten, die vor ihr liegen. Und kein anderer Stand hat den Begriff der Verwurzelung, der Bodenständigkeit, des Verwachsenseins mit einem bestimmten greifbaren Stück unserer Heimaterde so pflanzenhaft wahr und buchstäblich an sich selbst erfüllt. Ein oDppeltes also drückt seiner Seele den Stempel auf: Der Wille zur Enge und Gebundenheit im Raume, aber zur Unendlichkeit in der Zeit. . . .

Als zwingende Folge erwächst aus solcher Geistes- und Willensrichtung die grundsätzliche Ablehnung aller Bestrebungen, die dahin zielen, die Unterschiede von Mein und Dein zu verwischen.

Die Unverletzlichkeit von Erbrecht und Eigentum findet im Bauern ihren unbeirrbarsten, ihren kampfentschlossensten Hüter. (Stürm. Beifall.

In der Erkenntnis dieser Zusammenhänge liegt der Schlüssel zum Verständnis seiner Wesens- und Sinnesart. So steht das Bauerntum als eine geschlossene Kulturwelt im Strome des Geschehens. Der Bauer bildet mit seinem Credo das feste Knochengerüst unserer ganzen sozialen und wirtschaftlichen Struktur, die „Macht des Beharrens" im Wechsel der Aeonen. Wehe, wenn die Knochen einmal erweicht würden! Wehe, wenn die Macht des Beharrens aufhören würde, Macht zu sein und die Elemente der Bewegung, der Unbeständigkeit und der Unruhe in Staat und Wirtschaft allein zu bestimmen hätten!

Ja, dreimal Wehe dem Lande, dessen Bauernstand unterging!

Diese bäuerliche Kulturwelt tritt uns heute noch überall dort entgegen, wo echte Bauernwirtschaft vorherrschend geblieben ist, nördlich der Trave, westlich der Elbe, südlich des Mains, vor allem aber auf unserer westfälischen Heimaterde. Es ist daher kein Zufall, daß gerade von unserer Heimat jene Bewegung ihren Ausgang nahm, die sich zum Ziele gesetzt hat, den Kultur- und Wirtschaftsbelangen des Bauerntums im öffentlichen Leben wieder die ihnen gebührende Geltung zurück zu erobern. Und es entsprang der gleichen inneren Logik, wenn in der Folge aus jenen vorhin genannten Landschaftsgebieten weitere 26 Bauernvereine gleicher Artung mit der Gründung Schorlemers zu einer bäuerlichen Großorganisation sich zusammenschlossen. Wir sind uns klar bewußt: Wir Bauern haben ein Eigenes, das wir in eigener Arbeit ungestört pflegen und schützen wollen, das uns aber nicht hindert, auch die Eigenart anderer Landschaften und ihrer Organisationen zu verstehen und zu würdigen und uns mit ihnen zusammenzufinden in allem, was uns und ihnen gemeinsam ist.

Ich glaube, verehrte Freunde, daß wir in den Bahnen Schorlemers gewandelt sind, wenn wir die elementaren bäuerlichen Kulturbegriffe der Bodenständigkeit, der Familieneinheit und damit logisch verbunden die wirtschaftliche Forderung gesicherten Besitzes und gesicherter Vererbung gerade in dieser revolutionären Zeit u. im Gegensatz zur herrschenden Tagesmeinung mit Nachdruck formuliert und vertreten haben. Auch Schorlemers Lebensarbeit wurde getragen von der gleichen Ideenwelt, der er schließlich für weite Teile des westelbischen Bauerntums im Anerbenrecht auch gesetzlich Beachtung zu verschaffen gewußt hat.

Die Aufgabe des Westfälischen Bauernvereins wird noch für lange Zeit darin bestehen, auf diesem Wege voranschreitend das Seinige dazu beizutragen, um die Kultur und die Wirtschaft unseres Bauerntums durch die Brandung dieser feindseligen Epoche und ihrer unberechenbaren politischen Entwicklung hindurch an das Ufer einer gefestigteren Zukunft zu retten. (Bravo.)

Für heute jedenfalls ist es uns noch nicht gegeben, die Abwehrwaffen zu senken und die Hände kampflos ruhen zu lassen. Unseres Standes Sinnesart ist in wesentlichen Punkten unterschieden von der inneren Einstellung anderer großer Wirtschaftsschichten, die — unter Vertragsrecht lebend — mit Hammer und Griffel, in Städten und Industrievierteln, in Aemtern und Redaktionen, ihrem Unterhalte nachgehen. Wir suchen sachlich jene in ihrer Besonderheit zu verstehen, aber nicht immer und nicht überall verstehen jene uns, nicht immer und nicht überall finden sie uns und unseren Organisationen gegenüber den geziemenden Ton und die geziemende Achtung.

Regierende wie Regierte unterliegen heute fortschreitend dem Prozeß einseitiger Politisierung. Ein Unglück aber ist es, wenn rein politische Elemente sich in das innere Leben der Berufsstände hineinklemmen, die bestehenden Verschiedenheiten zu Gegensätzen zuspitzen und die Gegensätze zu Spaltungen erweitern.

Die Politik steht in unserm Vaterlande, zumal in diesem Wahljahre 1928, mehr denn je im Zeichen der Unruhe, des Unfriedens, des Kampfes aller gegen alle.

Die Wirtschaft dagegen sucht in ihrem eigenen Lebensinteresse die Ruhe und die Stetigkeit. Während der rein wirtschaftlich denkende, berufsständisch orientierte Mensch im Bewußtsein der Wechselbeziehungen der Erwerbsstände untereinander und der notwendigen Solidarität ihrer einzelnen Teile und Schichtungen in kritischen Lagen Vermittlung und Verständigung anstrebt, neigt der rein politische Mensch mitsamt seiner Presse nur zu oft dazu, sein Lebenselement und seine Methoden auch in die Wirtschaftsorganisationen hineinzutragen. Solche Versuche zu erkennen und abzuwehren, gebietet uns

die Pflicht der Selbsterhaltung wie die Sorge um das Wohl der Gesamtheit.

Wir sind und bleiben wirtschaftlich, nicht politisch gerichtet.

Vor allem aber wollen wir das eigene Haus nicht durch Bruderkämpfe erschüttern, denn: „jedes Reich, das wider sich selbst uneins ist, wird zur Beute seiner Feinde werden." Unser Haus ist groß, unsere Räume sind weit und vielgestaltig, dumpfe Luft und engherziger Doktrinarismus haben darin keinen Platz; aber wer ein warmes Herz mitbringt und ein

ehrliches Wollen für das wirtschaftliche und kulturelle Beste des Bauernstandes,

dem öffnen sich die Pforten, der findet sein Gelaß, in dem er schalten und wirken kann.

Verehrte Freunde! Durch Deutschlands Gaue tönt heute der Weherus: „Bauer in Not!" Was wir seit langem warnend, ja beschwörend vorausgesagt, heute wird sich niemand mehr der Erkenntnis widersetzen:

Der landwirtschaftliche Berufsstand steht nach 10 Jahren erzwungenen Raubbaus am Ende seiner Kraft, am Ende seiner Geduld.

Zwei Wochen sind verflossen, da haben wir zu 20 000 Bauern hier in Westfalens Hauptstadt vor der Oeffentlichkeit dieses Ergebnis verkündigt und die Forderungen angemeldet, die wir im Angesichte unserer Lage erheben müssen. Wieder steht heute unsere Not auf der Tagesordnung. Im zweiten Teile der Generalversammlung werden wir sie abermals erörtern. Aber auch für die organisatorischen Aufgaben, die uns zunächst beschäftigen müssen, sei uns die Not ein Wegweiser:

Richten wir den organisatorischen Umbau so ein, daß er zu einer Festung wird, zu einem Bollwerk bäuerlicher Kultur,

das wir verteidigen Mann für Mann, einer für alle und alle für einen, an dessen Mauern jeglicher Versuch politischer Widersacher zerschellen muß. Und, meine Freunde, vergessen wir als christliche Bauern auch nicht, den Segen Gottes auf unsere Arbeit herabzubitten, denn: „wo Gott nicht baut, da bauen die Bauleute umsonst!"

Dann wird die heutige Generalversammlung ein Markstein sein in der Entwicklung unseres Vereins, und wir alle, die wir daran teil hatten, werden gefestigten Herzens mit dem Dichter sprechen dürfen: „Wir haben gebauet ein stattliches Haus, und drin auf Gott vertrauet, trotz Wetter, Sturm und Graus." (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

Der Präsident verlas dann die Namen der Behördenleiter, die sich wegen anderer dringender Geschäfte entschuldigt haben und gedenkt im Anschlusse daran — während sich die große Versammlung von ihren Sitzen erhob — der Vorstandsmitglieder, die seit der letzten Generalversammlung gestorben sind, auch des Direktors der Ländlichen Zentralkasse Cordes, dem er Worte herzlichen Gedenkens widmet.

In Erledigung der Vereinsangelegenheit kommt der Präsident zunächst zur Begründung des Niederlegens seines Vorsitzes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine. Die räumliche Entfernung zwischen hier und Berlin und die Entwicklung gewisser persönlicher Verhältnisse zwischen Freiherrn von Loe und Dr. Crone, die ihn die Verantwortung nicht länger tragen ließen. Diese Entwicklung der Dinge hätte die ständige Anwesenheit des Präsidenten in Berlin notwendig gemacht. Das aber sei ihm nicht möglich. Er hoffe, daß jetzt ein Präsident an die Spitze der Vereinigung kommen werde, der diesen Bedingungen gerecht werden wird.

Bauernverein u. Behördenverlegung

Dann fährt der Präsident fort: Herr Oberbürgermeister Dr. Sperlich hat an mich ein Schreiben gerichtet und darin den Wunsch ausgesprochen, auch der Westf. Bauerverein möchte sich mit seiner Stimme der Förderung der Stadt Münster anschließen, daß eine Verlegung der Spitzenbehörden aus der Stadt Münster, der Hauptstadt der Provnz Westfalen, in andere Städte unterbleiben möchte, wie sie der Stadt in der letzten Zeit gedroht hat.

Ich glaube, daß wir diese Stellungnahme der Stadt Münster unsererseits nur warm unterstützen können. (Lebhafter Beifall.) Münster ist der alte historische Mittelpunkt der Provinz Westfalen, zu dem wir immer ein gutes, freundschaftliches Verhältnis unterhalten haben. (Erneute Zustimmung.) Wir haben also rein gefühlsmäßig die Pflicht, die Stadt Münster in diesem Kampfe um ihre Behörden und ihre Vorherrschaft zu unterstützen. (Abermaliger starker Beifall.) Diese Unterstützung liegt auch in unseren eigenen Interessen begründet. (Allseitige Zustimmung.) Ich glaube daher, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir die Stadt Münster in dieser wichtigen Lebensfrage der Provinzialhauptstadt auf das wärmste unterstützen wollen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.)

Oberbürgermeistr Dr. Sperlich dankt kurz und herzlich für diese machtvolle Wahrung der Interessen der Provinzialhauptstadt.

Den Bericht der Satzungskommission über den neuen Satzungsentwurf wollte sodann unter Vorlesung der einzelnen Paragraphen Dr. Golte erstatten. Frhr. von Ledebur stellte jedoch den Antrag, die neuen Satzungen, die doch in der dafür geschaffenen Kommission hinreichend durchberaten worden seien, en bloc anzunehmen und auf die Verlesung zu verzichten. Unter allseitigem, starkem Beifall beschloß die Versammlung demgemäß, womit die neuen Satzungen genehmigt sind.

Staatshilfe und Selbsthilfe bei der Ueberwindung der Notlage der Landwirtschaft.

Der bekannte Bonner Volkswirtschaftler Prof. Dr. Beckmann, der in der Gegend von Hamm als praktischer Landwirt tätig ist, und daher als Theoretiker und Praktiker über das urteilen kann, was gerade jetzt der Landwirtschaft nottut, führte dann in einstündigen glänzenden, oft von Zustimmungskundgebungen und Heiterkeitsausbrüchen untermischten Vortrage folgendes aus:

Westfalen ist eins der Gebiete mit der glücklichen Besitzverteilung, da hier eine zahlreiche Masse von Kleinbauern und Arbeitern mit Land, die älteste Betriebsform, mit Mittelbauern und Großbauern abwechselt und auch der Großbesitz in volkswirtschaftlich günstiger Mischung heute noch hier vorhanden ist. Diese historisch gewachsene Mischung der Betriebsgröße garantiert mancherlei Funktionen des Bauerntums in der Industrieprovinz.

Die letzte Ursache für die Preiskatastrophe bei den landwirtschaftlichen Produkten ist die allgemeine Verarmung Deutschlands. Deutschland hat im letzten Jahre 1¾ Milliarden Reparationen bezahlt, mehrere Millionen Menschen aus öffentlichen Mitteln ernährt und eine Industriekonjunktur gehabt, welche dem Umsatz, nicht aber dem Ertrage nach eine Hochkonjunktur war. Damit wiederholt sich für Deutschland das Beispiel der Geschichte, daß Farmer und Bauern verarmter, von Kapital entblößter Länder niemals Weltmarktpreise, sondern niedrigere Preise bekommen. Dieser Satz, der früher für Rußland, Argentinien und andere kapitalarme Länder galt, wiederholt sich heute in Deutschland. Diese Schwächung des deutschen Marktes wird auf die Spitze getrieben durch die völlige Verarmung des deutschen Landbauern, der häufig mit Massenverkäufen auf dem Markte auftritt und die Preise wirft. Die westfälische Landwirtschaft hatte nach der Erhebung von 1902 ein größeres Barvermögen als Schuldkapital, während heute ihre Schulden mehrere Millionen Reichsmark betragen.

Die Abhilfe bei der Preisentwicklung kann nur durch ein kombiniertes System von Staatsschutz und Selbsthilfe in die Wege geleitet werden. Zölle sind wirksam, wenn sie insbesondere auf Produkte steigernden Wohlstandes gelegt werden, gleichzeitig aber die innere Organisation des Absatzes durch Standardisierung des Absatzes und Erzeugung bester Qualität und Ausnutzung dieser Preismöglichkeit damit Hand in Hand geht. Ferner sind Zölle nur wirksam, wenn sie im Innern des Landes nicht durch Massenangebot der Landwirte selbst unwirksam gemacht werden. Die Preisbildung am Schweinemarkt, in der Milchwirtschaft des Ruhrgebietes und auf manchen anderen Gebieten ist auf die wenig organisierte Marktbeschickung zurückzuführen. Ferner hilft bei denjenigen Waren, an denen Deutschland selbst Ueberschuß hat, nur eine Ausfuhrvergütung. Da der Landbau bei seinem Angebot völlig unorganisiert ist, andererseits aber einer vielfach gebundenen Wirtschaft gegenübersteht, welche durch Syndikate, Trusts und Tarife den Preis bildet, so bedarf es dieser Organisation des Angebotes in Zukunft immer mehr. Auch dabei kann der Staat helfend eingreifen, da sich drei Millionen Bauern infolge ihrer verschiedenartigen Betriebsweise nur schwer einigen können.

Ein ähnliches System von Staatshilfe und Selbsthilfe ist bei der Lösung der Kreditkrise notwendig.

Erste Bedingung ist Wiederherstellung der allgemeinen Rentabilität, die eine Kapitalbildung aus dem eigenen Betriebe des Landwirts ermöglicht und ihn vom Leihkapital fernhält.

Ferner kann der Staat bei der Umschuldung helfen, indem er Zwischenkredite zur Verfügung stellt und die Umschuldung erstmalig in Gang bringt. In den bedrohten Gebieten kann er Sanierungsstellen einrichten, um sanierungsfähige Betriebe aufzunehmen.

Im Zusammenhange damit muß die Selbsthilfe des Landwirts sich auf zweckmäßige Anwendung des Kredits und ein genaues Rechnen mit Zinsen einrichten. So lange die allgemeine Kapitalsarmut in Deutschland anhält, und zahlreiche Landwirte, von Zinsen und Steuern bedrückt, um jeden Preis verkaufen müssen, ist eine durchgreifende Besserung der Preisbildung kaum zu erwarten. Niemand soll glauben, daß ein Kurieren an einigen Symptonen zum Ziel führt, während das Kernproblem der allgemeinen Kapitalentlösung weiter besteht. (Brausender Beifall.)

Aussprache.

In der Aussprache nahm Prof. Beckmann Stellung zu der Frage, ob das heutige parlamentarische System geeignet sei, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, und erklärte u. a.: Nur 20 Prozent der deutschen Bevölkerung gehört dem Bauernstande an. Will der Bauer bei dieser Minderheit etwas erreichen, so muß er sehen, daß in die Parlamente Vertreter gewählt werden, die sich seiner Interessen tatkräftig annehmen. Der Bauer ist außerdem darauf angewiesen, mit dem Städter Hand in Hand zu gehen, und das kann nur dadurch geschehen, daß auch den Städtern die Notlage der Landwirtschaft verständlich gemacht wird. Die Bauernpolitik entscheidet sich letzten Endes in der Großstadt und darum muß es die Aufgabe der neuzeitlichen Bauernpolitik sein, für die auf das Wohl der Allgemeinheit gerichteten Bestrebungen in der Großstadt Boden und Verständnis zu gewinnen.

Gutsbesitzer Luster-Hagenev führte u. a. aus: Die Bauernkundgebungen sind nicht zu dem Zwecke veranstaltet worden, um nur uns zu helfen: sie sind vielmehr getragen von dem Streben für das Wohl unseres gesamten Vaterlandes.

Die Ausführungen des Redners über die Landarbeiterfrage wurden von Prof. Beckmann dahin beantwortet, daß es unmöglich sei, diese schwierige und komplizierte Frage in der Debatte zu behandeln. Der ganze Betrieb sei nicht mehr von dem Gesichtspunkte aus zu betrachtet, wie man es sich vor ca. 50 Jahren habe leisten können, müsse sich vielmehr auf die neue Arbeitsverfassung neu einstellen.

Dr. Golte verliest dann folgende

Entschließung.

Der Reichsminister der Finanzen hat unterm 10. Februar 1928 einen Erlaß betr. steuerliche Berücksichtigung der schwierigen Lage der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Reichssteuern an die Landesfinanzämter gerichtet. Dieser Erlaß trägt der Notlage kaum Rechnung.

1. Wenn der Herr Reichsminister der Finanzen glaubt die Erhöhung der Einkommensteuer-Durchschnittssätze für 1926/27 noch begründen und rechtfertigen zu können, so darf daraus gefolgert werden, daß der Herr Minister eine Notlage der Landwirtschaft nicht anerkennen will. Wenn man weiß, was die Einkommendurchschnittssätze unter Ausschaltung der Verlustbetriebe, die nach den Feststellungen des Enqueteausschusses 60 Prozent aller Betriebe ausmachen, errechnet sind, so kann von einer Ermittlung von Durchschnittssätzen, die dem wirklichen Ergebnis der Landwirtschaft gerecht werden, nicht die Rede sein. Es muß außerordentlich befremden, daß der Herr Minister die Erhöhung der Durchschnittssätze mit der Erhöhung von Preisen zu begründen versucht, während er vom Ausfall der Ernte und auch von einer teilweisen Senkung von Preisen anscheinend nichts weiß. Ganz unverständlich ist es, wenn eine Erhöhung mit der Tatsache begründet wird, daß in etl. Bezirken die Durchschnittssätze absolut und relativ zu niedrig gewesen seien und zur gleichmäßigen Festsetzung in allen übrigen Bezirken die Durchschnittssätze erhöht werden mußten.

2. Auch die übrigen Bestimmungen des Erlasses tragen der Notlage ungenügend Rechnung. Insbesondere vermißt die Landwirtschaft eine klare Anweisung welche Steuern und in welcher Höhe diese Steuern zu erlassen sind.

3. Mit großer Sorge sieht die Landwirtschaft der Zukunft entgegen. Wenn sie Forderungen auf steuerlichem Gebiete erhebt, so tut sie es aus Not. Sie muß darauf bestehen, daß zur Deckung des Bedarfs im Staate und den kommunalen Körperschaften sämtliche Vermögensarten unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden.

4. Wenn schon die Fortführung des Betriebes von einer Wirtschaftsperiode zur andern mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden ist, wenn viele Betriebe sie nur durch Schuldaufnahme bewerkstelligen können, wenn diese Verhältnisse den einzelnen Betriebsleiter mit Angst und Sorge für die Zukunft erfüllen, so sieht der einzelne Landwirt mit besonders schwerer Sorge dem Tage der Uebergabe an seinen Anerben entgegen. Wenn schon die wirtschaftlichen Verhältnisse allein eine auf Sitte beruhende Vererbung nicht mehr zulassen, zur Erhaltung des Hofes große Opfer von der ganzen Familie gefordert werden, so darf der Staat diese Lage nicht noch durch Steuern erschweren. Wir fordern deshalb, daß die Erbschaftssteuer von Eltern auf Kinder außer Kraft gesetzt oder aufgehoben wird.

Die Entschließung wurde mit großem Beifall einstimmig aufgenommen.

Die Versammlung wurde mit kurzen Worten des Präsidenten geschlossen.

Große Zuchtschweine-Prämiierung und -Versteigerung in der „Halle Münsterland".

‡ **Münster**, 28. Februar.

In der Halle Münsterland fand am Montag und Dienstag eine große Zuchtschweineprämiierung und -Versteigerung statt, abgehalten von den Münsterländer Schweinezüchtern. Ueber 100 Eber und über 100 Sauen des veredelten Münsterländer Landschweines aus den besten Zuchten des Vereins waren aufgetrieben. Sämtliche Tiere sind im Herdbuch des Münsterländer Schweinezuchtvereins selbst oder bei der Mutter eingetragen und vor dem 1. Oktober 1927 geboren. Die Sauen sind erst nach dem vollendeten 8. Altersmonat gedeckt. Alle Tiere waren durch eine Kommission streng ausgewählt, so daß die Veranstaltung als eine gute Gelegenheit zu betrachten ist, daß Hochzüchter und Gebrauchszüchter sich erstklassige Zuchttiere sichern konnten. Für die Prämiierung, die nach freiem Urteil unter Berücksichtigung der Abstammung und Entwicklung der Tiere erfolgte, waren vier Klassen festgesetzt: Klasse 1: Eber, in der Zeit vom 1. 6. 1927 bis 31. 9. 1927 geboren; Klasse 2: Eber, vor dem 1. 6. 1927 geboren; Klasse 3: Sauen, in der Zeit vom 1. 6. 1927 bis 31. 9. 1927 geboren; Klasse 4: Sauen, vor dem 1. 6. 1927 geboren.

Die Prämiierungskommission bestand aus den Herren: Domänenpächter Adlung-Sintlingen, Rittergutsbesitzer Vogelsang-Ebersbach und Administrator Baade-Bethel. Vor ihnen wurden 209 Tiere aufgetrieben; davon entfielen auf Klasse 1 101 Eber, auf Klasse 2 13 Eber, auf Klasse 3 25 Sauen und auf Klasse 4 70 Sauen. — Das Interesse an der Prämiierung ist als verhältnismäßig annehmbar zu bezeichnen. Nach der Zahl der Tiere waren die Aussteller Bernhard Lepping-Hoxfeld, Oek.-Rat Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, A. Vogelsang-Hohenholte, Jos. Höbing-Rorup, Weddeling-Gerling-Ramsdorf, Ew. Bischoff-Frohnhof-Wolbeck, Mersino-Effing-Almsick, Jos. Spital-Hohenholte, Bernh. Sch. Bertelsbeck-Stockum, Peter Homann-Stapelskotten, August Hardt-Stockum, Herm. Holtmann-Laer, H. Laxen-Lütke-Gimbte, Ww. Meckmann-Dorsel-Münster, R. Roling-Altenberge und Kleverth-Schlamann-Hengeler als die stärksten zu nennen. — Um die Bedeutung der Münsterländer Schweinezucht zu kennzeichnen, möge erwähnt werden, daß Züchter aus Pommern, Sachsen und Württemberg zu dieser Veranstaltung herbeigeeilt sind. Noch stärker findet die Tatsache ihren Ausdruck darin, daß Deutsch-Oesterreich, das sehr viel Wert auf das Münsterländer Tier legt, auch jetzt zwei Beamte zum Kauf entsandt hatte. — Wir berichten hier die Prämiierung der Klassen 1 und 2:

1. Klasse: 1a-Preis Bernh. Lepping-Hoxfeld (78), 1b Ww. B. Tyrell-Telgte (90), 1c und 1d B. Lepping-Hoxfeld (84 und 86), 1e Oek.-Rat Brüning-Sudhoff-Amelsbüren (23), 1f B. Lepping-Hoxfeld (83), 1g A. Hardt-Stockum (100), 1h B. Sch. Bertelsbeck-Stockum (34), 2a Th. Bolte-Scharlau-Tilbeck (61), 2b v. Landsbergsche Gutsverwaltung-Velen (76), 2c J. Höbing-Rorup (75) 2d derselbe (73), 2e Jos. Spital-Hohenholte (38), 2f B. Sch. Bertelsbeck-Stockum (33), 2g J. Höbing-Rorup (72), 2h A. Vogelsang-Hohenholte (98), 3a Oek.-Rat Brüning-Sudhoff-Amelsbüren (24), 3b A. Vogelsang-Hohenholte (31), 3c derselbe (28), 3d B. Lepping-Hoxfeld (79), 3e Th. Bolte-Scharlau-Tilbeck (63), 3f B. Weddeling-Gerding-Ramsdorf (94), 3g J. Niehues-Ostendorf (Borken) (67), 3h Oek.-Rat Brüning-Sudhoff-Amelsbüren (51), 4a und 4b Weddeling-Gerding-Ramsdorf (55 und 57), 4c J. Spital-Hohenholte (36), 4d Oek.-Rat Brüning-Sudhoff-Amelsbüren (49), 4e v. Landsbergsche Gutsverwaltung-Velen (77), 4f J. Höbing-Rorup (69), 4g A. Hardt-Stockum (53), 4h B. Lepping-Hoxfeld (80). Anerkennungen: W. Berkemeier-Lengerich (8), A. Schulze Robert-Leuste b. Dülmen (17), Th. Bolte-Scharlau-Tilbeck (19), Oek.-Rat Brüning-Sudhoff-Amelsbüren (50), B. Oettigmann-Schöppingen (65), H. Holtmann-Laer (87), Dr. Holtmeier-Lienen (93).

2. Klasse: 1. Preis G. Schmiemann-Ahaus (Recke b. Tecklenburg) (102), 2a B. Schulze-Bertelsbeck-Stockum (107), 2b Ewald Bischoff-Frohnhoff-Wolbeck (114), 3a Th. Bolte-Scharlau-Tilbeck (108), 3b wie 2b (113). Anerkennungen: G. Schmiemann-Ahaus (Recke b. Tecklenburg) (109), W. Meintrup-Ostbevern (110).

3. Klasse: 1a-Preis Hermann Holtmann-Laer, 1b Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, 2a Lepping-Hoxfeld, 2b Ww. Tyrell-Telgte, 2c Peter Homann, Stapelskotten bei Münster, 2d Holtmann-Laer, 3a Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, 3b Ww. Tyrell-Telgte, 3c August Hardt-Stockum, Anerkennung: Lepping-Hoxfeld, derselbe, Homann-Stapelskotten, Volkshochschulheim-Lienen.

4. Klasse: 1a-Preis Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, 1b Weddeling-Gerding-Ramsdorf, 1c Höbing-Rorup, 1d Lepping-Hoxfeld, 1e H. Lütke-Laxen, Gimbte bei Münster, 1f Bernhard Schulze-Brock, Lutum bei Coesfeld, 1g Schmiemann-Ahaus-Recke, 1h derselbe, 1i Meintrup-Ostbevern, 2a Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, 2b Schulze Brock-Lutum, 2c Schmiemann-Ahaus-Recke, 2d Meintrup-Ostbevern, 2e Vogelsang-Hohenholte, 2f Josef Röttgermann-Everswinkel, 2g Franz Gerling-Saerbeck, 3a Weddeling-Gerding-Ramsdorf, 3b Theodor Groie, Hövel bei Rottuln, 3c Witwe Meckmann-Dorsel, Mauritz bei Münster, 3d Schlamann-Klevert, Hengelez bei Ahaus, 3e Lepping-Hoxfeld, 3f W. Harwerth, Westendorf bei Warendorf, 3g Höbing-Rorup, 3h Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, 3i Franz Gerling-Saerbeck, 4a Bernhard Schulze-Brock-Lutum, 4b G. Lütke-Laxen-Gimbte, 4c Vogelsang-Hohenholte, 4d Richard Roling-Altenberge, 4e Lepping-Hoxfeld, 4f Schlamann-Klevert, Hengeler bei Ahaus. Anerkennung: Roling-Altenberge, W. Harwerth, Westendorf bei Warendorf, Lepping-Hoxfeld, Ww. Meckmann-Dorsel, Mauritz bei Münster, Schulze-Brock-Lutum, Brüning-Sudhoff-Amelsbüren, Franz Gerling-Saerbeck.

Die Versteigerung der Eber und Sauen am Dienstag zeigte keine sonderlich große Teilnahme. Jedoch war der Verkauf als befriedigend zu betrachten, da die Anwesenden zumeist ernstliche Käufer waren. Einen großen Teil der Tiere erlangten die österreichischen Beamten aus Innsbruck. — Im ganzen genommen konnte der Veranstalter, der Münsterländer Schweinezuchtverein, mit dem Ergebnis seiner 18. Zuchtschweine-Versteigerung zufrieden sein.

Zeno-Briefkasten.

(Anfragen bitten wir unter Beifügung der letzten Monatsquittung nur an die Redaktion dieser Zeitung (nicht an den Zeno in Münster) zu senden. Anfragen ohne Namensunterschrift werden nicht beantwortet.)

⊙ **Wette H. S. T.** Europa ist größer als Indien. Etwa zweimal so groß.

⊙ **Coesfeld.** Frankfurt hat 461 000 Einwohner, davon sind 30 000 Juden.

⊙ **Staatsangehörigkeit.** Diese wird erworben für einen Ausländer in einem Bundesstaat durch Einbürgerung. Der Ausländer kann eingebürgert werden, wenn er nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig ist oder nach den deutschen Gesetzen unbeschränkt geschäftsfähig sein würde, einen unbescholtenen Lebenswandel führt und sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist. Die Einbürgerung ist ein Gnadenakt, kann also verweigert werden, doch liegen dann schon triftige Gründe vor für die Ablehnung. Senden Sie den Antrag unter Beifügung Ihrer Papiere an den zuständigen Regierungspräsidenten, der über den Antrag entscheidet. Gegen den ablehnenden Bescheid gibt es Klage beim Oberverwaltungsgericht.

⊙ **Miete.** Die Miete beträgt zurzeit 120 Prozent der Friedensmiete. Wenn Sie die Schönheitsreparaturen tragen, 116 Prozent.

⊙ **H. T. Eine Einkommensteuer wird nicht erhoben,** wenn die Roheinnahmen des Steuerpflichtigen 1800 Mk. nicht übersteigen. Uebersteigt das Roheinkommen diese Grenzen, so sind 720 Mk. Einkommen steuerfrei, sofern das Einkommen 10 000 Mk. nicht übersteigt. Außerdem können jährlich 240 Mk. Sonderleistungen abgesetzt werden. Der Satz von 720 Mk. erhöht sich für gewisse Familienmitglieder um bestimmte Beträge. Auch für die Roheinnahmen finden hierfür gewisse Erhöhungen statt. Wie Sie sehen, spielt das Vermögen für die Höhe der Einkommensteuer keine Rolle. Der Pächter kann von dem landwirtschaftlichen Einkommen die Pacht als Werbungskosten abziehen. Auch zur Umsatzsteuer sind Sie verpflichtet und deshalb auch zu Vorauszahlungen auf diese. Bei Kleinbetrieben ist der Eigenverbrauch umsatzsteuerfrei. Diese Befreiung wirkt sich so aus, daß nach einem Erlaß vom 25. Juni 1926 für jeden beteiligten Hausangehörigen (nur Verwandte sind darunter verstanden) vierteljährlich 90 Mark in Abzug gebracht werden können.

Ablösungsschuld. Wird ein Auslosungsrecht gezogen, so erhalten Sie 5 mal 25 = 125 Mk. und 4½ % Zinsen von 1926 bis zu dem Jahre, in dem die Auslosung erfolgt. Diese ist auf 30 Jahre vorgesehen. Sie haben 3½ Auslosungsrechte, können also — ohne Berücksichtigung der Zinsen — auf 437,50 Mk. rechnen. Eine Verzinsung der Ablösungsschuld erfolgt nicht, jedenfalls solange nicht, als Deutschland Reparationszahlungen zu leisten hat. Wenn Sie die Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht verkaufen wollen, dann wenden Sie sich an eine Bank. Letzter Kurs 52, ohne Auslosungsrecht 16,13.

⊙ **B. K.** Wenden Sie sich an die dortige Baupolizei. Die Vorschriften sind ortsstatutarisch festgelegt.

⊙ **W. U. 100, Rheine.** 1. u. 2. Der Vater der unehelichen Kinder ist zur Zahlung der Alimente verpflichtet, auch dann, wenn die Mutter es ablehnt, den früheren Verlobten zu heiraten. Daß der Verlobte sie nunmehr heiraten will, ist belanglos. 3. Ob die Witwe Rente von der Landesversicherung verlangen kann, läßt sich ohne nähere Unterlagen nicht beurteilen. Erforderlich ist, daß die Anwartschaft aufrecht erhalten wurde. Wenden Sie sich unter Vorlage der Karte an die Landesversicherungsanstalt Münster, die Ihnen bereitwillig genaue Auskunft gibt.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen. Ing. u. Werkmstr.-Abt. f. Masch.- u. Automobilb. Schwach- u. Starkstr.-Technik. Agit. Sonderabt. f. Landm.-Fluat

Realgymnasium Ahlen i. W.

Das Nachtragsprogramm zu der Ausschreibung des Wettbewerbes vom 10. November vor. J. wird den vorgemerkten Bewerbern ohne besondere Anforderung unmittelbar zugesandt. b4491

Der Termin für die Einreichung der Entwürfe ist auf den 1. Mai d. J., mittags 12 Uhr, verschoben worden.

Ahlen i. W., den 25. Februar 1928.

Der Magistrat.

Von der Reise zurück.

Dr. Sunder-Plassmann.
Facharzt für Hautkrankheiten. vl632
Rheine i. W.

Electrola
und andere
Sprechapparate
sowie
Schallplatten
und die neuesten
Schlager
stets in großer Auswahl.
d4436
Piano-Haus A. Hoffmann
Frauenstr. 9. **Münster**, Tel. 2434.
Erstes Haus unter fachmänn. Leitung.

Schenkwirtschaft

Sichere Existenz bietet eine gutgehende Wirtschaft im Kreise Borken, **verbunden mit Kohlenhandlung.** Zweistöckiges, neues massives Wohnhaus mit Scheune und Garten, selten günstige Lage, ist von mir unterhändig zu kaufen.

Franz Hövelbrinks, Velen i. W.,
Gutsbesitzer und Taxator. b4454

Landgut.

Ein selten schönes Landgütchen, mit neuem zweistöckigen Wohnhaus, neuem Stall und neuer massiver Scheune, ca 32 Morgen groß (arrondiert), liegt 2 km von Borken und hat prima Kleeboden, ist bei ⅔ Anzahlung von mir unterhändig zu kaufen. Antritt nach Uebereinkunft. b4455

Franz Hövelbrinks, Velen.

1. Hypotheken-Kapital
speziell für Landwirtschaft u. Güter zu billigsten Tagespreisen **sofort zu vergeben.**
W. Roymann, Spark.-Rendant a. D., Münster,
b4388 Gereonstr. 7. (Rückporto)

Blasen- und Nierenkranke
nehmen den altbekannten und bewährten
Rhöndorfer Nieren- und Blasen-Tee
Frau Landwirt K. in C. schreibt:
„Mein Mann war lange Jahre blasenkrank. Auf Ihren Rhöndorfer Nieren- und Blasen-Tee aufmerksam gemacht, nahm er denselben und zwar mit bestem Erfolg. Schon nach kurzer Zeit trat eine wesentliche Besserung und später vollständige Heilung ein. Denselben Erfolg erzielten wir bei meinem kleinen Töchterchen, das jede Nacht durch Blasendruck belästigt wurde und jetzt wieder durchschlafen kann." b4487
Aerztlich empfohlen.
Glänzende Danksagungen.
Zu haben in allen Apotheken.

350
getragene — fast neue — gereinigte
Maß-Anzüge
Mäntel, Hosen, Joppen, Westen, von feinsten Herrschaften, die neu 100 bis 200 Mk. gekostet haben, zu folgenden Preisen:

Jackett-Anzüge	8,— 12,—	17,50 usw.
Cutaway-Anzüge	14,— 18,—	22,— „
Gehrock-Anzüge	18,— 21,—	27,— „
Frack-Anzüge	22,— 30,—	38,— „
Smoking-Anzüge	32,— 40,—	46,— „
Einzelne Fracks u. Smokings	von 8 Mk. an	
Paletots	8,— 14,—	20—, 25,— „
Einz. Jacketts und Hosen	von 2,50 an	
Westen	1,50	2,— 2,50 „
Neue Loden-Anzüge	von 22,— „	
Neue Sportanzüge	von 18,— „	
Neue Manchester-Hosen		
in Cord und Breecheform	von 7,50 „	
Breeches-Hosen		
in Cord und Wollstoff	von 4,50 „	
Neue Winterjoppen	„ 9,— „	
Windjacken	„ 7,50 „	
Regenmäntel	„ 7,— „	

Auch der weiteste Weg lohnt sich.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Schul's Partiewarenhaus
Münster i. W.,
Rosenstr. 8 Ecke Schlaunstraße
Samstag geschlossen. — Dafür erhält jeder Käufer bei Vorzeigen dieser Annonce 5% Rabatt. d4373

I. Hypotheken
(mit 25jähriger Amortisation) auf **Landwirtschaft** zu außergewöhnlich günstigen Bedingungen. Sofortige Barauszahlung. Anträge von RM 5000.— an nimmt entgegen bis spätestens 8. März d. J. [b4488
„Westfalia" Treuhand A.-G.,
Klosterstr. 33/34 **Münster** Tel. 3292/1992

Größere kath. Wochenschrift für das nördliche Münsterland sucht zum sofortigen Eintritt einen
Herrn
der gute Fähigkeiten zur mündlichen Werbung als Akquisiteur für Anzeigen und Bezieher besitzt. Anstellung erfolgt gegen Fixum und günstige Provision. Bewerbungen mit Lebenslauf an den Verlag Kath. Wacht, Rheine. d4489

Braves zuverlässiges d4495
Mädchen
welches im Kochen erfahren ist, per 1. oder 15. Mai gesucht.
Frau Dr. Kinne-Schaberg,
Münster i. W. Gereonstr. 14a.

Offene Stellen

Zum 15. März oder 1. April suche ich ein braves und kinderliebes
Mädchen
kath., welches bereits in besserem Hause in Stellung war, gut kochen kann und in allen Zweigen d. Haushaltes erfahren ist. Große Wäsche außerhalb. Haushalt: 2 Erwachsene, 3 Kinder (9, 6 u. 2 Jahre). Gute Zeugn. Bedingung. Lohn 35 Mk. Angenehme Stelle. (d4494
Frau Landw.-Rat Bley,
Burgsteinfurt i. Westf.
Seminar. Telephon 230.

Zum 15. März
Mädchen
von 16—18 J., kinderl., für Haush. von 4 Pers. gesucht.
Frau Focke, Münster,
Brüderstraße 22.

Suche in meinen Geschäftshaushalt zu April ein ordentliches vl640
Mädchen
für Küche und Garten.
Frau B. Kreins,
Dülmen, Münsterstr.

Für sofort ein kath.
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Küche u. Hausarbeit gesucht. vl639
Frau B. Haverkamp,
Haltern, Mühlenstr. 37

Wegen Erkrankung d. jetzigen für sof. ein brav.
Mädchen
gesucht. vl641
Frau H. Bock,
Dülmen i. Westf.

Zum 1. 4. für Geschäftshaushalt braves, sauberes kath. d4475
Mädchen
gesucht. Gelegenheit zur weiteren Ausbildung im Kochen. Meldungen unter A O 308 an die Ans.-Verw. der Zeno, Münster.

Suche zum 15. März ein braves kath.
Mädchen
für Haushalt u. Garten, bei gutem Lohn u. gute Behandlg. Selbige hat auch 3 Kühe zu melken.
Frau A. Sasse,
Schöppingen, Krs. Ahaus

Zum sofortigen Eintritt suche ich ein tüchtiges u. ehrliches vl630
Mädchen
kath., für leichte Hausarbeit und zum Bedienen der Gäste. Küche kann mit erlernt werden. Persönliche Vorstellung erwünscht.
Gasthof Stumpe,
Telgte i. W.

Zum 1. April für herrschaftl. Haush. ein durchaus zuverl., kinderl. kath.
Mädchen
nicht unt. 18 J., gesucht. Nähkenntnisse erwünscht.
Frau Franz Crone,
Fabrikant, **Coesfeld.**

Zum 1. April d. J. kath.
Dienstmädchen
im Alter von 16—18 J. ges. Hoh. Lohn u. gute Behandlung zugesichert.
Josef Brüning, Kolon,
Dutum 4 bei Rheine.

Zum 1. April ein ehrl. kath. vl633
Zweitmädchen
gesucht.
Frau Th. Dingmann,
Rheine i. W.

Suche zu sof. einen tücht. selbst. vl644
Schneidergesellen
auf eine gut gehende Werkstatt in einem kl. Ort, vom Lande bevorz. Ein Gehilfe vorhanden. Erheiratung meiner einz. Tochter nicht ausgeschloss. Off. u. Z Z 1000 an d. Tageblatt, Ochtrup, erb.

Schneidergesellen!
Für sof. mehrere tücht. selbst. vl646
Großstückarbeiter
gesucht. Dauernde, gute Stellung.
Fritz Beckmann,
Herren-Konfektion und Maß-Geschäft,
Coesfeld i. W.

Suche zu Ostern oder früher b4490
Lehrling
mit guter Schulbildung.
F. Bornholt,
Eisenwarenhandlung,
Ahaus i. W.

Suche per sofort oder zum 15. März an Stelle meiner jetzt verstorbenen Frau eine **Stütze** für meine 71 Jahre alte Mutter. Nur Landwirtstöchter wollen sich meld. Dienstmädchen vorhand. Außerdem zum 1. April **2 Eleven** auf mein Gut von 250 Morg. gel. Off. unt. H A an das Tageblatt, Ochtrup, erb.

Gutsbesitzer im Kreise Lüdinghausen sucht zum 1. Mai einen kath.
Landwirtssohn als Stütze
bei Familienanschluß und Gehalt. vl634
Off. unt. Nr. 10 an d. Lüdinghauser Zeitung in Lüdinghausen.

Suche zum 1. April einen vl635
1. Ackerknecht
Andreas Wittkoff,
Selm i. W.

Zum 1. April kath. zuverlässigen [vl629
ersten Ackerknecht
der gut mit Pferden umgehen kann, gesucht.
Off. u. B. I. an Buchh. E. Robbers, Telgte i. W.

Suche zum 1. April jungen soliden vm8059
Ackerknecht
Arnold Homoet,
Brennerei,
Billerbeck i. W.

Zum 1. April ein kath. zuverlässiger vl642
Fuhrmann
gesucht.
Hermann Wesbuer,
Ochtrup i. W.

Für sofort oder bald ein brav. kath. etwa 15jähr.
Junge
für leichte landw. Arbeit, und zum Bedienen der Melkmaschine gesucht.
Holtmann, Münster,
Bauerschaft Laer.

Wegen Erkrankung des jetzigen für sofort ein tüchtiger vl622
Pferdeknecht
gesucht, der in der Landwirtschaft gut bewandert ist.
Gutsbesitzer
Epping-Ernsting,
Rheine i. W.

Dauerstellung.
Ein nicht zu junger, solid und zuverläss. Mann gesucht, der gut melken kann, für ein Viehbestand von 15 Milchkühen und entsprechendem Jungvieh, zum 1. April. Landwirtssohn bevorzugt. Gute Behandlung zugesichert.
Off. unt. A O 305 an die Ans.-Verw. d. Zeno, Münster i. W.

Suche Reisedamen
B. Holfter, Breslau D.

Auf D-RAD Vom Brandenburger Tor zu den Königspyramiden



und zurück nach Berlin
Grundlose Straßen im Balkan, Ueberquerung des Taurus (1432 m) — Amanus — Antilibanon und Libanon (1627 m), 5tägige Fahrt durch die Wüste Sinai **mit 14 Ztr. Gesamtgewicht.**
Das alles leistete das serienmäßige 300 ccm D-Rad
Kostenlose Fahrausbildung! Günstigste Ratenzahlung!
GENERAL-VERTRETER:
Anton Bufé, Münster i. Westf.,
Ludgerihof Telephon 2972

Technikum Lemgo
Maschinenbau, Elektrotech., Hochbau, Tiefbau
Programme durch das Sekretariat

Gesuchte Stellen

Lehrlingsstelle.
Suche für meinen Sohn, baldes Jahr Handelsschule besucht, groß und kräft., **Stelle als Lehrling in Seilerwarengroßhandlung, Büro od. dhnl.** Off. unt. 2457 an Allgemeine Zeitung, Coesfeld. vl601

Suche für sofort oder recht bald **Stellung** als
Lagerarbeiter, Bote
od. sonst feste angenehme **Stellung.**
Bin 22 Jahre alt, ehrl. nüchtern und strebsam. Offert. unter 185 an die Telgter Morgenpost in Telgte i. W. vl631

Kath. Landwirtssohn
sucht Stellung
als Verwalter oder Stütze
Off. unter N 183 an die Telgter Morgenpost in Telgte i. W. vl628

An- u. Verkäufe

Mehrere Hundert kanadische Pappelstecklinge
2—4 m hoch, **zu kaufen gesucht.** b4493
Angeb. mit Preis unter A O 309 an die Ans.-Verw. d. Zeno, Münster.

Teppiche, Läufer (kein Linoleum), Divan- und Steppdecken in 10 Monatsraten ohne Anzahl. Anfr. u. „Teppich" an die Allgem. Zeitung, Coesfeld. Schreiben Sie sofort!

HYPOTHEKEN
sind für Landwirtschaft. von 7½% Zinsen an bei günst. Barausz. zu vergeben. **F. Weber, Dortmund,** Hohestr. 40. Telephon 10167

Vermischte Anzeigen

Gut erhaltene
Webstühle
165/170 cm Blattbreite, **zu kaufen gesucht.**
Ang. unter T 5734 an das Bocholter Volksbl., Bocholt, erbeten. (vl638

Schreibmaschine
Normaltastatur, fabrikneu, 1 Jahr Fabrikgarant., bekannte Marke, in wöch. Raten von 6 Mark zu 175 Mk. **zu verkaufen.**
Näh. unter Nr. 3152 an die Westd. Ann.-Exped. Dortmund, Brückstr. 58 a1 1066

1200 cbcm
Harley-Davidson-Motorrad
zu verkaufen. Neuwertig, zugelassen, versteuert u. versichert, evtl. Zahlungserleichterung.
Off. unter T 5735 an das Bocholter Volksbl., Bocholt i. W., erbeten. vl636

Von 62 rebhuhnfarbigen Italiener-Hühner mit 5 Hähnen, freier Auslauf,
tägl. 35 Brut-Eier
à 20 Pfg.
abzugeben.
Gutsbesitzer Kleymann,
Bösensell.
Telephon Appelbülten 70

Dortmunder Geflügelfarm
Dortmund, Postbarop 20.
Spezialzucht w. amerik. Leghorn. Bei rechtzeit. Bestellung liefern wir Ihre Bruteier. Eintags-, küken und Junghennen. Preisliste gratis.

Ich beabsichtige mein an der Hauptstraße gelegenes vl637
Eisenwaren-, Haus- u. Küchengerätegeschäft inkl. Einrichtung
per sofort **zu vermieten** Warenlager muß mit übernommen werden.
Anfr. unt. T 5736 an das Bocholt. Volksblatt, Bocholt, erbeten.

Teppiche, Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lt. Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. Schreiben Sie sofort! 124

Leghorn
u. sonstige gute **Legehühner**
Ställe, Zuchtartikel. Geflügelhof i. Mergentheim B 8. — Katalog frei.

Epileptische Krämpfe
Leidenden gebe ich aus Interesse gerne bekannt, wie meine Tochter seit Jahren von ihrem Leiden befreit wurde. Rückporto beilegen, da ich kein Geschäft betreibe. a1 1108
J. Pohl, Habelschwerdt 191, Flurstraße.

Eilt!
Staunend billig:
Getragene, fast neue gereinigte
Maß-Anzüge
von feinsten Herrschaften, aus prima Stoffen,
von **8 Mk.** an.
Cutaway-Anzüge
von **12 Mk.** an.
Gehrock-Anzüge
von **17 Mk.** an.
Mäntel
von **8 Mk.** an.
Einzelne Jacketts, Hosen
von **2,50** an.
Neue eleg. Herren-Anzüge
von **18 Mk.** an.
Neue eleg. Herren-Schuhe von **8 Mk.** an.
Landschuhe
von **6,50 Mk.** an
Jeder Weg macht sich bezahlt.
Partiehandlung
Jakobson
Münster i. W.
Hagedornstraße 1.
5 Minuten vom **Haupt-Bahnhof.** Telephon 3630

Kopf-Ausschlag
beseitigt in wenigen Tagen
Ostra-Salbe.
Tube 1.— Mk.
Engel-Apotheke
Südlohn i. W.